

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Dabitzkovo nám. 32. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 18— Kz, Zeitung 6706, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. vierteljährlich 48— Kz, halbjährig 96— Kz, jährlich 192— Kz. Für Deutschösterreich monatlich 120— SK, für Deutschland 16— Mk. Postpartassatonto 67644. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Der Internationalismus der Not.

Die Arbeitslosigkeit steigt. Metallarbeiter, die jahrelang an den Maschinen standen, verlassen die Fabriken, in den Glas- und Kristallwerken Nordböhmens ist es unheimlich stille geworden, und manche Arbeiterin kehrt auf Monate in ihr ärmliches Heim zu ihren Kindern zurück. Nach Jahren bittersten Leidens droht einem großen Teil des arbeitenden Volkes in diesem Staate wieder Hunger und Kälte. Seit Anfang August sind die Kosten der Lebenshaltung um fünfzehn Prozent gestiegen. Stehen wir nicht gerade einen Monat vor dem Weihnachtsfeste mit seinem Glanz, seiner glücklichen Traulichkeit für eine uns fremde Welt?

Hunderttausenden Werkstätten drängt sich die Frage auf: Ist es nötig, daß wir hungern, arbeitslos sind, daß unsere Frauen und Kinder in Not verkommen? Ist es irgend ein überirdisches Geschehen oder nur menschliches, törichtes Planen und Wirken, das uns in diesem Staate, dessen Boden reiche Schätze birgt und dessen Bevölkerung wehrfähig ist, Not leiden läßt? Die Antwort: Es ist törichtes, eitles, vermessenes Wirken, das diesen wirtschaftlich reichen Staat politisch zum Vasallen Frankreichs, wirtschaftlich zum Mitbulder des besiegten Deutschlands und Oesterreichs macht. Es ist ein Wahn, der sich von der Einbildung einer Unwirklichkeit nicht losreißen kann und immer noch nach drei Jahren Fortgehens nicht zur Wirklichkeit übermächtiger wirtschaftlicher Tatsachen zurückkehrt. Mit allen Staaten, in die wir beinahe nichts liefern können, haben wir Freundschaftsbündnisse abgeschlossen; aber zu jenen Staaten, mit denen wir auf Gedeih und Verderb verbunden sind, stehen wir — es ist schwer anders auszudrücken — auf der Lauer. Deutsche und österreichische Mißgeschicke sind tschechoslowakische Freuden, die Verteilung Oberschleßens, an der der so sachverständige Rat des tschechischen Industriellen Sodas seinen Teil hat und die den ersten Anstoß zu dem Verfall der Marktwährung gab, wurde mit Zustimmung beinahe der ganzen tschechischen Presse aufgenommen. Und erst der Kurssturz der Mark, welche Fülle tschechisch-slawinischer Genußnahme! Ist es nicht, als ob der Verfall der deutschen und österreichischen Wirtschaft unsere eigene zur Blüte bringen müßte, als ob das Blut, das die Entente Deutschland aus den Adern saugt, in unsere eigenen Adern würde? Herr Raschin konnte in einer seiner letzten Versammlungen nicht genug Worte der Befriedigung über die gerechte Züchtigung finden, unter der sich Deutschlands Leib windet. Winden wir uns nicht auch mit, sind es nicht aber tausend tschechische Proletarierkinder, die die Friedensstreichche der Entente brennend mitempfinden? Sind wir nicht mit Deutschland und Deutschösterreich auf Gedeih und Verderb verknüpft? Fünfundvierzig Prozent unserer vorjährigen Ausfuhr ging nach Deutschland, über vierunddreißig nach Deutschösterreich. Wenn die beiden deutschen Staaten unter der erpresserischen Wucht der sogenannten Friedensverträge wirtschaftlich zusammenbrechen, wohnen sollen dann beinahe achtzig Prozent unserer Ausfuhr geleitet werden, damit wir leben können und unser Export uns die notwendige Lebensmittelfuhr ermöglicht?

Während viele unserer Fabriken wegen Mangels an Aufträgen kurzarbeiten oder

sperrten, werden die deutschen Industriebetriebe infolge des Marksturzes mit Aufträgen vom Ausland überhäuftet. Wir müssen die Produkte unserer Eisenwerke und Maschinenfabriken exportieren, fünfzehn Millionen Meterzentner beträgt allein schon unsere Stahlwerkeproduktion; aber hundert Kilogramm Gießereirohisen kosten vor etlichen Monaten bei uns 313 Kronen und in Deutschland 166 Mark. Ist unsere Industrie bei Entwertung der Mark im Wettbewerb nicht geradezu ohnmächtig? In dem Ausmaße, in welchem die Mark und die deutschösterreichische Krone fällt, steigt unsere Arbeitslosigkeit, das Elend unseres Proletariats. Aber während unsere werktätigen Hände zu feiern gezwungen sind, wird das deutsche Proletariat zur Steigerung seiner fleißigen Arbeit, zur Massenproduktion angetrieben. Denn nur maßlos gesteigerte Arbeit ist es, die gänzliche nationale Verflavung vom deutschen Volke fernhalten kann. Und so wird durch den Wahnsinn von Versailles und St. Germain nicht nur das Proletariat der deutschen Staaten, sondern auch das der Tschechoslowakei, so wird ganz Mitteleuropa wirtschaftlich und politisch niedergehalten und ausgebeutet. Und die Tschechen selbst sind es, die sich als die Pfeiler ihrer selbstmörderischen Friedensverträge gehalten.

Es ist nicht nur die Tragik mancher Menschen, sondern auch von Völkern, daß sie, in dem Augenblick, in dem sie zur Erfüllung ihres Eigenlebens gelangen, der aufbauenden, der erlösenden Kraft entraten. Dies ist auch die Tragik des tschechischen Volkes: daß es in den drei Jahren des Staatsbestandes in den Richtungen seiner Wirtschaftspolitik nicht weiter gelangt ist, als in seiner staatschöpferischen Geistigkeit. „Westliche Orientierung“ hieß der Irrtum, der das Siegesbewußtsein mit den Bedürfnissen der Volkswirtschaft verwechselte. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Mitteleuropas hat noch immer nicht die wirtschaftliche Solidarität des tschechischen Volkes erweckt. Müssen erst Katastrophen kommen, muß erst der Hunger und die Entkräftung das Proletariat dieses Staates heimtuchen, bis die tschechische Bourgeoisie von einer mitteleuropäischen Ideologie erfüllt wird? Diese Leidenszeit könnte das tschechische Proletariat selbst kürzen. Es sieht den Internationalismus der Not, in die der Kapitalismus Mitteleuropas Wirtschaft und Proletariat zerstückelt hat, es fühlt das fortschreitende Elend seiner Klasse. Die Wirtschaftselendpolitik dieses Staates wird das proletarische Bewußtsein allen nationalistischen Phrasen zum Trotz, zum Internationalismus wandeln.

Eine Schandabstimmung.

Mit einer brutalen Vergewaltigung des Parlamentarismus, mit einer rücksichtslosen Niederzwingung der Demokratie haben gestern Regierung und Mehrheitsparteien den Staatsvoranschlag unter Dach und Fach gebracht. Das Abgeordnetenhause der tschechoslowakischen Republik hat eine Tat gesetzt, die in der Geschichte des Parlamentarismus vereinzelt dasteht, die in keinem anderen Parlamente Europas möglich wäre. Einhundertunddreißig Anträge der Minoritäten hat man in Bausch und Bogen, en bloc dem Budgetauschuss zugewiesen, sie also sozusagen neben den Papierkorb geworfen. Aus purer Feigheit hat man den Anträgen ein Massengrab bereitet, um so auf die einfachste, aber auch empörendste Weise sich der Stellungnahme zu diesen Anträgen zu entziehen. Die Anträge, die sich direkt auf die Ziffern des Budgets bezogen, hat man zwar einzeln abstimmen lassen und — abgelehnt, die Anträge aber grundsätzlicher Natur, die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Forderungen der deutschen Sozialdemokraten hat man samt und sonders in der Geschwindigkeit von zwei Minuten auf den Haufen geworfen. Was haben die Anträge auf Auflösung der zweiten Kammer, nach Einführung des Milizsystems, nach Aufhebung der alten Vereins- und Versammlungsgeetze mit dem Budgetauschuss zu schaffen? Diese „Behandlung“ programmatischer Forderungen ist eine Schande für die Demokratie, ein Hohn auf den Parlamentarismus. Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses war eine politische Komödie, bei der zwar die Regie im Großen und Ganzen klappte — aber die Akteure dieser Komödie haben sich vor der gesamten Zuschauerschaft, vor den vergewaltigten Massen und vor ihren Vertretern, die kaum mehr als von der Galerie der Öffentlichkeit herab ihre grenzenlose Entrüstung bekunden konnten, in schamloser Weise prostituiert. Im stillen Kämmerlein der Weita hat man alles genehmigt, die tschechischen Parteien parierten bis auf die slowakischen Klerikalen mußterhaft Ordre. Daß diese den tschechisch-Amerikanen K.L.U.B. verlassen haben — diese Mitteilung des Präsidenten am Schluß der Sitzung, erregte Aufsehen und Bewegung. Sie waren der

Sitzung ferngeblieben und marschieren jetzt — eine Gruppe von zwölf Mann — getrennt unter der Führung Hlinkas. Noch weiß man nicht, ob sie damit auch die Regierungskoalition zu verlassen gedenken, aber ihre Haltung in den letzten Tagen, ihre scharf oppositionelle Stellung in der Budgetdebatte haben schon klar genug bewiesen, daß die jetzige Regierungskoalition kein ungetriebenes Dasein führt. Unser Urteil über diese Koalition in ihrer Gesamtheit geht aus unserem empörten Ausschrei über die Schandabstimmung am Samstag klar hervor. In diesem Urteil inbegriffen ist unsere Meinung über die tschechischen Sozialdemokraten, die dieser Regierung angehören und unter großer Verantwortung die Komödie und den Gewaltakt der anderen mitgemacht haben.

Die Bänke der Abgeordneten, die während der ganzen Budgetdebatte und auch gestern bis zur Verlesung der Anträge die oft besprochene Leere aufgewiesen hatten, füllten sich zur Abstimmung fast bis auf das letzte Plätzchen. Auch die Ministerstühle waren voll besetzt, nur der Minister für die Slowakei, Micura, fehlte.

Präsident Tomášek eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Minuten vormittags.

Abg. Brožík (tschech. Soz.-Dem.) begründet die besondere Finanzkrise des Staates u. a. mit der 30 prozentigen Kohlenabgabe und dem Kohlentarif der Staatsbahnen. Der Braunkohlenpreis ist gegenüber der Vorkriegszeit um 1500 Prozent, der der Steinkohle um 200 Prozent erhöht. Die Kohlenpreise können nicht auf Kosten der Arbeitslöhne, sondern nur durch eine analoge Reduktion der Kohlenabgabe herabgesetzt werden. Auch die Verkehrspolitik trägt an der Verteuerung Schuld. Den Unternehmern handelt es sich im jetzigen Lohnkampf darum, ihren Gewinn zu schützen. Die Ostrauer Hüttenbesitzer sind despotisch vorgegangen. Infolge des Marksturzes ist die Ausfuhr stark zurückgegangen. Der Redner beharrt in Unbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse darauf, daß die alten Kollektivverträge vorläufig eingehalten werden.

Minister Lucny über die Kohlenfrage.

Der Minister für öffentliche Arbeiten Lucny erklärt, daß die Kohlenfrage wieder einmal in erhöhtem Maße die ganze Öffentlichkeit erfaßte, und zwar aus besonders ernstlichen Ursachen, hauptsächlich aber deshalb, weil die Uneinigkeit der Ostrauer Bergarbeiter und der Grubenbesitzer sich zu einem Streit zu entwickeln drohte und wegen der Befürchtungen, daß es zu einer Verschiebung der Kohlenpreise kommen wird. In der Tat ist die Situation ernst und bis zu diesem Augenblick kann man nicht mit Sicherheit voraussagen, daß der Streit friedlich ausgetragen wird. Der Streit, welcher im Ostrauer Revier hervorgerufen wurde, rief eine Depression in unserem ganzen wirtschaftlichen Leben hervor und auch der Sturz der Valuta in Deutschland hat reichlichen Anteil daran. Die Schwerindustrie, besonders unsere Hütten konnten nicht mehr ohne Gefahr großer Verluste den zur Förderung notwendigen heimischen Koks abnehmen, dessen Preis gegenüber dem westfälischen Koks infolge des Sturzes der Valuta in Deutschland 1 : 3 stand. Da die Einfuhr an eine Zustimmung der Regierung gebunden ist, lag es an ihr, daß sie entweder die Einfuhr des westfälischen Kokes zulasse oder durch einen Druck auf die heimische Kokswerke Preise erziele, die für die Hütten annehmbar sind. In einer Einfuhr des fremden Koks konnten wir im Interesse der nationalen Wirtschaft keine Zustimmung geben; wir treten daher sofort im Beginn der zweiten Hälfte des Oktober in Verhandlungen mit den Ostrauer Kokswerken wegen Preisermäßigungen ein und da wir uns überzeugten, daß die Notwendigkeit einer Preisverbilligung des heimischen Kokes bei den Produzenten nicht erst genommen wurde und sein Wille zu einer baldigen Erledigung bestand, gestatteten wir in der Zeit, in welcher fast alle Höchsten in unserer Republik die Förderung einstellen infolge des steten Drängens tausender durch diese Ursachen stellungslos gewordener Arbeiter und auf Grund von Interventionen der Abgeordneten nur für einen Kadmoer Hochofen die Einfuhr einer Menge von 10.000 Tonnen westfälischen Kokes, wodurch wir vor allem das Ziel anstrebten, unsere Druck auf die heimischen Kokswerke zu verstärken, damit sie nicht nur die Frage der Verbilligung erster nehmen, sondern vor allem, daß sie sie beschleunigen. Die Ostrauer Kokswerke entschieden sich endlich für eine Verbilligung, aber keineswegs zu ihrem Nachteil, sondern die Bergarbeiterschaft sollte eine Erhöhung. Sie stellten als Bedingung eine Erhöhung der Produktion, die im Monate November 10 Prozent, im Monate Dezember neue 10 Prozent betragen sollte, damit auf diese Weise eine Verbilligung im Preise der Kleinstohle erzielt werde, welche zu Koks verarbeitet wird. Auf der Grundlage der erhöhten Produktion kamen beide Parteien am 29. Oktober in einer Vertagung, welche im Ministerium für öffentliche Arbeiten abgehalten wurde, überein, doch bei der Realisierung zeigte sich ein Zwiespalt in den Voraussetzungen. Während die Bergwerksbesitzer eine erhöhte Produktion durch Herabsetzung der Löhne um die gleichen Prozente erzielen wollten, waren die Bergarbeiter der Ansicht, daß diese durch Reformen und durch Ersparungen in der Förderung und Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne erzielt werden kann. Beide Parteien stellten sich fest auf ihren Standpunkt. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten versuchte von neuem, die Uneinigkeit zu beseitigen. Man verhandelte am Samstag, den 19. und am Montag, den 21. November über die Art der Durchführung des anerkannten Grundfahes und ich kann feststellen, daß besonders in der Montagberatung der Standpunkt beider Parteien sich genähert hat. Eine Uebereinkunft konnte deshalb nicht erzielt werden, da auf der einen Seite zwar sich die mit Vollmacht ausgestatteten Vertreter der Bergarbeiterschaft an der Beratung beteiligten, während die Vertreter der Grubenbesitzer ohne Mandate anwesend waren. Das Ministerium

für öffentliche Arbeiten berief deshalb beide Parteien zu einer neuen wichtigen Beratung für den Donnerstag ein, aber es stellten sich nur die Vertreter der Bergarbeitervereine ein, die Grubenbesitzer weigerten sich, ihre Vertreter zu entsenden und forderten, daß die Verhandlung in Mährisch-Odrau ohne die Teilnahme der Vertreter der Bergarbeiterorganisation geführt werde. Die Bergarbeiter haben in dieser Entscheidung eine neue Provokation und weisen die Verhandlung in Mährisch-Odrau zurück. Deshalb wurde den Grubenbesitzern vom Ministerium für öffentliche Arbeiten aufgetragen, daß sie sich für den heutigen Tag zur Verhandlung einstellen sollten. Diesem Auftrage konnte infolge Mißverständnisses von Seiten der Bergarbeiter nicht entsprochen werden. Daher ist es bis zu diesem Augenblick nicht möglich, mit Sicherheit zu sagen, daß eine der streitenden Parteien bewußt das Übereinkommen ablehnt. Aber aus dem hier geschilderten Verlauf ist der besondere Charakter des Streites ersichtlich. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten ist darauf angewiesen, bis zum letzten Augenblick alles zu tun, daß der Streit nicht zu einem Streik ausbricht. Wenn aber seine Bestrebungen von einer der Parteien durch geheime Absichten oder durch kleine Inkonsistenzhandlungen vereitelt werden sollte, ist die Regierung entschlossen, solche Maßnahmen anzuwenden, daß durch den Streik die Kohlenförderung nicht gefährdet wird. Die bisherigen Einriffe der Regierungsorgane waren streng objektiv und weder die Grubenbesitzer, noch die Bergarbeiter haben Ursache, sich über Parteilichkeit zu beschweren. Ich weise hier vor allem die lächerliche Behauptung eines Teiles der Presse zurück, daß in diesem Streite etwas geschah, was für einen Verrat an der Bergarbeitervereine zeugte. Ich stelle fest, daß die Zeitungsberichte über die Erlaubnis der Einfuhr der oberösterreichischen Kohle in unsere Republik jeder Grundtatsache entbehren. Die Erlaubnis zur Einfuhr von 250.000 Tonnen für die Jännerkommission war am 11. Dezember 1920 gegeben worden. Die heutige Regierung hat niemanden von den in dieser Presse erwähnten Personen um die Erlaubnis zur Einfuhr gebeten, vor allem niemanden aus politischen Kreisen. Die Regierung wird ihren objektiven Standpunkt bis zur endgültigen Austragung des Streites bewahren, selbst wenn sie von einigen Parteien zur Parteilichkeit durch konstruierte Legenden provoziert werden sollte.

Abg. Rancal (Slowak, tschech. Agr.) wünscht eine Verbesserung des slowakischen Eisenbahnbauwesens. Der Redner vermißt eine Initiative von Seiten der Regierung im gesamtwirtschaftlichen Leben der Slowakei. Er fordert für die slowakische Industrie eine größere Berücksichtigung bei Staatsbeschäftigungen.

Damit wurde die Debatte geschlossen. Zu einer sachlichen Bemerkung meldete sich der Abg. Ana. Vecla (tschech. Nat.-Dem.), welcher die Behauptung des Abg. Marcha widerlegen will, daß die Ribnobaal mit der Getreideanfallt Größte gemacht hat.

Nach Verlesung der eingebrachten geänderten Anträge und Resolutionen, sprach der Generalsekretär Abg. Sonntag.

Er legte seinen Standpunkt gegenüber den Verbesserungsanträgen zu den einzelnen Budgetkapiteln dar. Im Namen des Budgetausschusses empfiehlt er dem Abgeordnetenhaus, den Staatsvoranschlag für das Jahr 1922, das Finanzgesetz und das Investitionsbudget in der Fassung des Ausschusses anzunehmen. Sein Standpunkt zu den Verbesserungsanträgen ist daher abzulehnen. Er empfiehlt, folgenden Resolutionsantrag, welcher über Anregung des Abg. Baer an im Budgetausschuss genehmigt wurde, anzunehmen: „Die Regierung wird aufgefordert, so rasch wie möglich die diplomatische Vertretung der

Antwort Hardings auf die Rede Briands.

Einladung an Deutschland und Rußland zur Abrüstungskonferenz?

London, 26. November. „Daily Express“ berichtet aus Washington: Präsident Harding habe gestern Nachmittag angeordnet, daß Deutschland wahrscheinlich zur Abrüstungskonferenz vor ihrer Vertagung eingeladen werden wird. Es werde auch vorgeschlagen, daß Rußland eingeladen wird. Dies werde als die Antwort des Präsidenten Harding auf die Rede Briands, der das große französische Heer mit der deutschen und russischen Gefahr begründet hatte, angesehen.

tschechoslowakischen Republik im Auslande zu vereinfachen.“ — Was die übrigen Resolutionen anbelangt, beläßt sich der Berichterstatter vor, sich dazu erst bei der Verhandlung der zugehörigen Kapitel zu äußern.

Abstimmung.

Antrag auf Antrag der deutschen Minorität wurde abgelehnt, immer wieder erhoben sich dafür nur die Hände der deutschen Sozialdemokraten, der Deutschbürgerlichen und der Kommunisten. Nur bei einem dieser Anträge, dem Antrag Windisch auf Streichung der Post für die landwirtschaftlichen Inspektoren, stimmten die deutschen Sozialdemokraten dagegen. Im Anfang vollzog sich die Komödie ganz ruhig. Auf den deutschbürgerlichen Vätern entstand zwar eine kleine Bewegung, als der tschechnationale Scholich, dessen zahlreiche Anträge hintereinander abgelehnt wurden, den Zwischenruf machte: „Ná zjichle alle Anträge zurück, das hat ja gar keinen Zweck!“ Sein Kollege Baeran, der wie die anderen kräftig dazwischenrief, erhielt einen Ordnungsruf, im übrigen ging die famose Abstimmung weiter. Die deutschen Sozialdemokraten waren mit stilllichem Widerwillen, aber ruhig diesem Vorgehen gefolgt, da sich bis dahin alles in den Grenzen der Geschäftsordnung vollzogen hatte. Nach Erledigung dieser Anträge aber, die sich alle auf die Fiktion des Budgets bezogen, beantragte Generalsekretär Sonntag, „alle Resolutionsanträge — hundertdreißig an der Zahl — dem Budgetausschuss zu überweisen, damit dieser in nächster Zeit über sie Bericht erstattet.“ Diese Zumutung, diesen Antrag zu einem Gewaltakt, löste bei den deutschen Sozialdemokraten selbstverständlich Empörung aus, die sich in lauten Zwischenrufen Luft machte. Genosse Hildebrand schleuderte den Mehrheitsparteien und der Regierung das Wort „Massengrab“ entgegen, von den anderen deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten fielen Zwischenrufe wie: „Woju die ganze Komödie?“, „Eine keine Koalition!“, „Felsheit!“ und so weiter. — Genosse Dr. Czoch erhebt sich von seinem Sitz und fordert, daß über die Resolutionsanträge getrennt abgestimmt werde. Daraufhin rief man ihm aus den Reihen der tschechischen Nationalsozialisten entgegen, wie er als Vizepräsident des Hauses dazu komme, diesen Antrag zu stellen. (Genosse Hildebrand: „Das ist eine Frechheit!“) Trotz der großen Erregung, die sich Dr. Czoch sowie aller unserer Genossen bemächtigt hatte, quittierte Czoch diesen ebenso einfalligen wie perfiden Zwischenruf mit den einfachen Worten: „Wir werden Sie nicht um Erlaubnis bitten.“ Die Würde und Festigkeit, mit der diese Worte gesprochen waren, erschlachte nicht ihren Eindruck auf die Zwischenrufer und die ande-

Eine Erziehungsmeldung aus Washington besagt, daß das Weiße Haus für eine Einladung an Deutschland und Rußland und möglicherweise auch an andere Nationen vor Vertagung der Abrüstungskonferenz eintrete. Die jetzt vertretenen Länder halten es für wünschenswert, daß Deutschland und Rußland, sowie andere Länder die Beschlüsse der Konferenz sanktionierten.

Lord Cecil für Deutschland.

London, 26. November. Lord Robert Cecil trat in einer Rede in Crodon für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ein.

ren Parteien. Während dann Dr. Czoch sich zum Sitz des Präsidenten begeben hat, um bei ihm den Antrag zu urgieren, hatte die Abstimmungsmaschine bereits die neue, notwendige Umdeutung gemacht — der Antrag Sonntag war bereits unter dem Beifall der Mehrheitsparteien angenommen worden. (Abg. Baeran: „Requies cant in pace!“) Während dieses ganzen Vorganges, der sich unter großem Lärm abspielte, fielen von deutsch-sozialdemokratischer Seite wiederholt heftige Zwischenrufe, darunter der Ausruf gerechter Empörung: „Diese skandalöse Behandlung muß eine Grenze haben!“

Das Haus schritt nun zur Erledigung des zweiten Punktes der Tagesordnung, das ist der Gesetzentwurf betreffend die Verjährung des Rechtes zur Bemessung und Einhebung der Steuern in Karpathoruhland. Dieser Gesetzentwurf wurde ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen.

Zwischen haben viele Abgeordnete aller Parteien ihre Plätze verlassen, in den Gängen zwischen den Reihen und vor den Ministerstühlen herrschte sehr lebhaftes Gerede. In diesem Zusammenhang schritt der Präsident zur Abstimmung über die dringlichen Interpellationen.

Die einzige Interpellation, deren Dringlichkeit vom Hause anerkannt wurde, ist die Interpellation Wohl, Brozil und Genossen betreffend die Beteiligung der Bergarbeiter an der Verwaltung der Gruben und am Reingewinn. Alle anderen Interpellationen wurden abgelehnt, darunter die Interpellation Hildebrand und Genossen betreffend die blutigen Vorfälle in Graslitz. Genosse Hildebrand rief den tschechischen Parteien mit mühsam unterdrückter Empörung zu: „14 Tote sind Ihnen zu wenig! Das Leben ist hier sehr billig zu verkaufen!“

Präsident Tomasek teilte am Schluß der Sitzung — nach drei Uhr — mit, daß sich die slowakischen Mitglieder der Volkspartei zu einem eigenen Klub konstituiert haben, zu dessen Vorsitzenden Abg. Slinka gewählt wurde.

(Mit den abgelehnten und den en bloc dem Budgetausschuss zugewiesenen Anträgen werden wir uns noch ausführlich beschäftigen. D. Red.)

Hauptverhandlung gegen Karis Helfersheffer.

Budapest, 26. November. Die Hauptverhandlung gegen die verhafteten Abgeordneten Graf Julius Andrássy, Stephan Rakovsky, Grafen Anton Szilaghy und Edmund Venicsky wurde für die erste Hälfte Dezember angelegt, da das mit der Untersuchung verbundene Verfahren schon fast beendet ist.

bildesten Flug, all das allerdings noch formloser und verwischter als in den besten Prägungen der Generation.

Was aber zutiefst aus Vers, Szene und Prosa sprach, war luglose Einsicht, Ungewißheit und heißes Erlebnis jeder Zeile. Kunstwerke im hohen Sinn konnten so nicht entstehen, da der junge Mensch jenes mystische, niemals befriedigende Kontrollgehör noch nicht haben konnte, das den großen Künstler auszeichnet und unglücklich macht. Denn jedes wirkliche Werk ist die Vernichtung eines Erlebnisses durch Betruhtheit. Der „Reiß“, das „Wissen“, stellt den Meister außerhalb, verleiht ihm die Ironie, die sich in Form, Maß, Paulust, kurz in tröstendem Spieltrieb auflöst.

Es brach der Krieg herein und als ich die gemeinsame Stadt verlassen mußte, befand sich Brand schon im total erschöpften Zustand des abendlichen, von Woche zu Woche steigenden Liebers. Nach einem Jahre kehrte ich zum ersten Mal zurück. Der Kranke lag nach langem Spitalstichum in scheinbarer Rekonvaleszenz wieder zu Hause. Ich besuchte ihn. Ein altes, großes und wirres Haus auf der Kleinfeld, unübersichtlich, mit Hof, morischen Treppen, Heiligenbildern, Galerien und Schlupfwinkeln. Durch eine Glastür trat ich in Brands Zimmer. Es war das feste der Familie, einer jener Bürgerfamilien, die nicht mitgenommen sind und auf deren Scheitel gerade darum das Schicksal oder ein unerbittlich soziologisches Gesetz Armut, Rot und Krankheit aller Arten häuft.

Der Bericht an den Parteitag.

Der Bericht an den Parteitag für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis 30. Juni 1921 der den Delegierten im Wortlaut vorliegen wird, ist soeben erschienen. Um der gesamten Parteioffenheit die Kenntnis dieses Berichtes zu vermitteln, wollen wir dessen wesentlichen Inhalt nachstehend wiedergeben.

Der Bericht beginnt mit der Stellungnahme zu der im vorigen Herbst gebildeten Regierung Cerny und legt dar, daß die Krise der parlamentarischen Regierung, die damals eingetreten ist, nur eine Erscheinungsform der inneren Staatskrise war, die die Herrschaft über Bürokratie und Volk möglich machte. Es wird auseinandergesetzt, daß die deutschen Sozialdemokraten nicht anders konnten, als diese Regierung grundsätzlich bekämpfen. Sodann wendet sich der Bericht der Ernährungsfrage zu, erwähnt, daß die Arbeitsgemeinschaft, die mit den Vertretern der tschechischen Arbeiter in dieser Frage geschlossen wurde und zu der bekannten dringlichen Interpellation vom 8. Dezember 1920 führte, in der an die Regierung eine Reihe von Forderungen erhoben wurden. Die vom Parteivorstand geforderten Vertreter der deutschen Arbeitervereine für alle staatlichen Stellen wurden von der Regierung nicht ernannt.

Von besonderem Interesse in dem Parteibericht ist die Darstellung der schweren Krise, die die Partei im vergangenen Jahre durchgemacht hat. Die Darstellung geht aus vom Karlsbader Parteitag, wo durch die bekannte Deklaration die Einigkeit der Partei wieder hergestellt wurde. Leider zeigte sich bereits mehrere Tage nach der Beendigung des Parteitages, daß die Vertrauensmänner der Kreisorganisation Reichenberg nicht gewillt waren, den von ihnen selbst mitgefaßten Beschluß auch einzuführen. Verscharft wurde der Gegensatz zwischen den beiden Strömungen durch den Dezemberstreik. Neue Genossen die zum Streik aufgefordert haben, haben dadurch die Interessen des gesamten Klassenbewußten Proletariats schwer geschädigt, denn durch den ergebnislosen Abbruch des Streiks haben nur die Kapitalisten, die bürgerlichen Parteien und die militaristisch-bürokratische Staatsgewalt eine Stärkung erfahren. Noch einmal, am 12. Jänner 1921, versuchte der Parteivorstand die Differenzen beizulegen; als dies nicht gelang, blieb dem am 17. Jänner nach Prag einberufenen Reichsausschuss nichts anderes übrig, als die Reichenberger Kreisorganisation als außerhalb der Partei stehend zu erklären. Damit war der Bruch vollzogen. Die Wirkung der Gründung der kommunistischen Partei bestand darin, daß für uns ungefahr ein Viertel der Parteimitgliedschaft verloren ging, das aber von den Kommunisten nicht gemonnen wurde. Ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen, die zunächst der kommunistischen Abstraktion unterlagen, versetzten in den Indifferentismus. Besonders jene Arbeiter und Arbeiterinnen, die erst durch die ungeheuren Kriegserfahrungen nach dem Umsturz zur Partei kamen, denen jede Schulung und Erfahrung fehlte, sind durch die Parteikrise uns und zum größten Teil auch den Kommunisten verloren gegangen.

Die Spaltung der Partei hat auch unsere Bemühungen um den Proletariatskongress vorläufig zunichte gemacht. Im April wurden die beteiligten Körperschaften (Gewerkschaften und Parteien) eingeladen, sich zu dem Entwurf des vorläufigen Statuts zu äußern. Die beiden Gewerkschaftskommissionen, sowie die tschechoslowakische sozialdemokratische Par-

Das Zimmer war fast leer, nur auf dem Rasen stand ein riesenhafter Schillerkopf, und es ist keine Romanphrase, wenn ich sage, daß der durch irgend ein eranenhaftes Licht verzerrte Gipskopf das Gesicht des Ausgezeichneten furchtbar parodierte.

Was wir in jenem letzten Beisammensein gesprochen haben, ich weiß es nicht mehr, aber wenn ich an die schrecklichen Sceletarme des Unglücklichen, an seine feuchtbrennende Hand denke, so fühle ich wieder die Wirtsal von Scham, Liebeserschütterung, Nachgedanken und Schuldbehauptung, die mich damals beherrschte. Das erste und einzige Mal im Leben fiel in jener Stunde zwischen uns die Schranke, die selbstam trennende Scham-Distanz, die stets von Brands innerlicher Zurückgezogenheit ausging und an der vielleicht auch mein kleiner Vorprung an Alter und Leben mitschuldig war. Es geschah nichts anderes, als daß wir uns lange an der Hand hielten, etwas ganz Stummes, aber ein Schlier schien sich von unseren zueinander strebenden Gefühlen zu lösen. In dem Daud der Hildebrand lag ein so schreckliches Festhalten des Lebens (dessen Sinnbild und Sendung in dieser Stunde ich sein mußte), eine Bezeugung lauter als Schrei, eine milde unausrechenbare Summe von Verwurf, Aneignung, Anklammern und Wegstoßen, daß ich das nicht mehr ertrag und gegen mein Gewissen davonlief.

Aber der geheimnisvolle Rapport war geschlossen. Einige Monate später im ostarräich fernsten Steppen- und Hügeland in einer wüsten und öden Nacht aufschreckend, mußte

Fenilleton.

Erinnerung an Karl Brand.

Von Franz Werfel.

Johannes Urzidil hat den Nachlaß des zu früh verstorbenen Dichters Karl Brand gesammelt und bei Strauß verlegt. Es ist ein Bündchen zarter schmerzlich gefühlter Gedichte und Skizzen. Todesahnung durchzieht das Werk. Im Nachfolgenden bringen wir das Wort Franz Werfels, das die Persönlichkeit Brands geradezu magisch der Vergangenheit entzieht.

In einem Herbstmonat des Jahres 1913 kam ich mich ein junger Mann zu, langpausgeschossen, mit dünnen, blonden Haaren und einer hartbetonten Stimme. Er erzählte mir, daß er die letzte Klasse einer Handelschule besuche, Gedichte schreibe, und sollte sein höchster Traum in Erfüllung gehen, im nächsten Jahre eine Ausstellung in Kairo finden würde. Die Gedichte, die Karl Brand mir an jenem Abend zeigte, (wir standen unter Pichlern mitten im Menschenlarm), sind in meinem Gedächtnis nur sehr undeutlich haften geblieben, doppelt aber das Wort Kairo mit seinen grell-seligen Assoziationen oder vielmehr die Seelenkraft, die dieses Wort ausstieß, die verzweifelte Sehnsucht nach einer Sonnenwelt aus Engo, Glend und Todgeweihtheit hinaus.

Klar und unerkennbar stand auf Brands Gesicht das Zeichen der Schwindelsucht geschrie-

ben, in all seinen Bewegungen in dem unendlich schüchtern und bescheidenem Gehaben das ungeduldige Wissen um frühen Tod.

Nach jeder dieser Stunden an den jungen Dichter nun oft gesehen, leider allzusehr mit dem Referrat, das uns Menschen zu solchen stumpfen Instrumenten der Weltempfangnis macht, mit dem Referrat des Verlorenseins in eigenen Angelegenheiten, Wünschen, Zielen und Verfrüngen. O wie göttlich wäre es, wenn wir die Größe besäßen, stets in jeder Begegnung die letzte zu sehen, wenn wir in dem beiläufigsten Abschied fühlen könnten: Diesen Menschen, der jetzt scheidet, werde ich niemals mehr wiedersehen! Wieviel Kraft in unserer Aufmerksamkeit und Hingabe würde in uns am Werke sein, wieviel mehr Liebe!

Ich konnte nun wie gesagt, Karl Brand oft beobachten, wie er mit schwerer todeshöflicher Hemmung redete, Bücher las, nein sprach, oder in den modernen Reizschriften mit zitternder Leidenschaft suchte und suchte. Diese Lektüre hatte aber nichts von dem eitel-suffizienten Herumbalieren angepöndel oder gewiegter Literaten an sich, sondern zeigte den dumpfen Heißhunger des werdenden Dichters nach dem Wort, verschärft durch die fieberische Arrodum des Brustkranken.

Um diese Zeit las man hier und dort die ersten Proben Brands. Es war darin, was uns allen, die beiläufig seines Alters sind, gemeinsam ist. Diese Grenzseinsdrigkeit, diese Unbestimmtheit des Realen, die Heimatlosigkeit in der Welt und dies schmerzliche-einzigste Zuhause sein im Traum, das Unvermögen zum Stehen und die heilige Freude am einge-

te haben sich bereit erklärt am Proletariatskongress teilzunehmen, während die deutsche Ableitung der kommunistischen Partei jede Mitwirkung an der Wahl des Proletariatskongresses von vornherein ablehnte. Die tschechische kommunistische Partei hat bis heute auf unsere Aufforderung nicht geantwortet. Trotzdem es also zum Proletariatskongress nicht gekommen ist, ist und bleibt der Proletariatskongress die einzig mögliche Form, in der das internationale Klassenbewußte Proletariat in der tschechoslowakischen Republik zu machtvoller wirtschaftlicher und politischer Aktion vereint werden kann.

Ebenso, wie wir uns für die proletarische Einigkeit innerhalb des Staates bemüht haben, haben wir uns bestrebt, alle Kräfte für die Wiederaufrichtung der Internationale einzusetzen. Wir haben an der internationalen Konferenz in Bern am 5. Dezember und an der in Wien am 22. Februar teilgenommen, letztere auf Grund eines Beschlusses des Reichsausschusses vom 16. Jänner befehligt. In Verfolg dieser unserer internationalen sozialistischen Verpflichtungen haben wir am 13. März in allen größeren Städten Kundgebungen gegen jede gewalttätige Lösung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme, gegen den Militarismus, für die Revision der Friedensverträge und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker veranstaltet. Ebenso hat schon vorher der Verband der sozialistischen Arbeiterjugend im Einvernehmen mit der Partei am 1. August 1920 Massenversammlungen gegen den Militarismus veranstaltet.

Angesichts von der Ueberzeugung, daß nur durch eine Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte in diesem Staate der Weg zum Sozialismus erfolgreich beschritten werden kann, haben wir stets Wert darauf gelegt, lebhafteste Beziehungen zur tschechischen Sozialdemokratie und zur tschechoslowakischen Sozialdemokratie (Einke), später Kommunisten zu unterhalten. Zum Parteitag der tschechoslowakischen Sozialdemokratie am 27. November haben wir deshalb einen Vertreter entsendet. Ebenso haben wir mit den anderen Zweigen der deutschen Arbeiterbewegung in der tschechoslowakischen Republik stets enge Fühlungnahme gesucht. Mit dem deutschen Gewerkschaftsbund und dem Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften verbinden unsere Partei die innigsten Bande proletarischer Solidarität. Eine gemeinsame Sitzung von Vertretern des Parteivorstandes, der Zentralgewerkschaftskommission und des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften am 3. Juni beschloß grundsätzlich der Bildung einer organisatorischen Verbindung der drei Zweige der proletarischen Gesamtbewegung zuzustimmen und über den Wirkungsbereich dieser organisatorischen Verbindung weitere Verhandlungen zu führen. Im März fanden Beratungen von Vertretern derselben Körperschaften wegen Gründung einer Arbeiterbank statt, die in der gemeinsamen Sitzung am 3. Juni fortgesetzt wurden. Auf dem Gebiete der Parteipresse ist die wichtigste Tat die Herausgabe des Zentralorganes in Prag. Zur Unterhaltung unserer Gemeindevertreter wurde in einer Konferenz aller Kommunalpolitiker am 28. Jänner in Prag beschlossen, einen ständigen Beratungsausschuss für Kommunalpolitik zu bilden. Das kommunalpolitische Programm, das auf dem Parteitag beschlossen werden soll, wird unseren Genossen in den Gemeinden eine Richtlinie für ihre Politik werden. Im Berichtsjahr fanden drei Sitzungen des Reichsausschusses, zwölf des Parteivorstandes, sieben des Vollzugsausschusses statt, ferner nahmen Vertreter des Parteivorstandes an sieben gemeinsamen Sitzungen mit Vertretern anderer Arbeiterorganisationen und an einer Sitzung der Ver-

walter der Parteipresse teil. In 114 Fällen waren Vertreter des Parteivorstandes in Konferenzen, Sitzungen und Versammlungen delegiert.

Zum Schluß des allgemeinen Parteiberichtes wird noch einer Reihe tapferer Mitarbeiter gedacht, die im Berichtsjahr der Tod entrißen hat. Am 18. Oktober traf die Partei ein ungeheurer Schicksalsschlag. Unser Führer und Meister, der Erste und Beste, Josef Seliger, ist uns entrißen worden. Tiefster, brennender Schmerz erfüllte die gesamte Parteimitgliedschaft. In den Blättern der sozialistischen Arbeiterbewegung Oesterreichs und später der tschechoslowakischen Republik wird das erfolgreiche Wirken, die historischen Leistungen Seligers jene Würdigung finden, die ausgedrückt, wie seine Zeitgenossen und Mitarbeiter, heute noch nicht vermögen. Mit Karl Matoušek verlor die westböhmische Arbeiterbewegung einen ihrer tüchtigsten und eifrigsten Vertrauensmänner. Mit Franz Grundmann sank der Vorkämpfer der Arbeiterschaft des Riesengebirges, ihr Lehrer und bester Freund, ins Grab.

Ueber die Frauen- und Jugendbewegung, die Gewerkschaften und Genossenschaften, sowie die Berichte der Kreisorganisationen wird noch in einem nächsten Artikel berichtet werden.

Die Kommunisten gegen die Union der Textilarbeiter.

Seit Monaten betrachtet es die kommunistische Partei und ihr Parteiblatt „Vorwärts“ und das kommunistische Gewerkschaftsbüro als seine vornehmste Aufgabe, durch Entstellung und Verleumdung gegen die Gewerkschaft und ihre ersten Vertrauensleute Zwietsch und Mistrauen in die Reihen der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder zu tragen, damit diese zermürbt und für die Spaltungsversuche reif gemacht werden. Ihre verbrecherische Tätigkeit erstrecken sie ganz besonders auf die gewerkschaftlichen Organisationen des Reichenberger Industriegebietes und insbesondere gilt ihr verwerflicher Kampf der Gewerkschaft der „Union der Textilarbeiter“. Die Textilarbeiter kommen im Reichenberger Gebiet in einer Zahl von 25.000 in Betracht. Diese Gewerkschaft muß erst zermürbt und zerschlagen werden, damit die Arbeiterschaft das Experimentierfeld abgibt für die kommunistische Partei. Tag für Tag werden Hetz- und Schmähartikel im kommunistischen „Vorwärts“ gegen die Union der Textilarbeiter und ihre Vertrauensleute losgelassen, in den Versammlungen ergeht man sich in den niedrigsten Beschimpfungen, um das Ansehen der Union und ihrer verantwortlichen Vertrauensleute herabzusetzen und es werden alle Mittel der Lüge, Verleumdung und Entstellung ausgedehnt zur Erreichung des Zweckes. Die Mitglieder und Funktionäre der Union-Ortsgruppen, soweit sie auch der kommunistischen Partei angehören, werden durch das kommunistische Gewerkschaftsbüro zu Besprechungen und Versammlungen zusammenberufen und dort dahingehend bearbeitet, daß sie nur den Weisungen der kommunistischen Partei Folge leisten und die Weisungen der Unionleitung ignorieren sowie die Beschlüsse des Unionstages und die Bestimmungen des Statutes unbeachtet lassen. Gegen diese zerklebernde und gewerkschaftsfeindliche Tätigkeit mußte sich der Unionsvorstand im Interesse der Einheit und im Interesse der Aufrechterhaltung von Ordnung und Disziplin in der Gesamtgewerkschaft zur Wehr setzen. Wiederholt wurden diese kommunistischen Funktionäre aufmerksam gemacht, daß sie

durch ihr Verhalten einen schweren Missbrauch begehen. Als auch diese Ermahnungen fruchtlos blieben, sah sich die Unionsleitung gezwungen, von jenen Funktionären, welche nur nach den Weisungen des kommunistischen Gewerkschaftsbüros arbeiten, die schriftliche Erklärung abzuverlangen, daß sie sich verpflichten, die Beschlüsse des Unionstages und Unionsvorstandes einzuhalten und die Bestimmungen des Statutes zu beachten. Als diese Erklärung von diesen Funktionären abgelehnt wurde, blieb den Unionsvorstand nichts anderes übrig, als gegen diese bewußten Schädiger der gewerkschaftlichen Interessen nach § 5 der Statuten vorzugehen und sie aus der Gewerkschaft ausschließen. Insgesamt wurden 86 Funktionäre, welche die Gewerkschaft in der größtmöglichen Weise schädigten in den Ortsgruppen Zwickau, Krábau, Grottau, Warnsdorf, Reustadt und Reichenberg aus der Union der Textilarbeiter ausgeschlossen. Ihr Ausschluß erfolgte nicht wegen ihrer politischen Ueberzeugung, weil sie Kommunisten sind, sondern deshalb, weil sie bewußt und absichtlich die Interessen der Organisation schädigten. Das kommunistische Gewerkschaftsbüro, welches alles darauf angelegt hatte, die Unionsleitung zu diesen Schritt zu provozieren, ging nun daran, mit Hilfe der ausgeschlossenen Funktionäre die Mitglieder in einigen der genannten Ortsgruppen aus der Union herauszureißen um die Bildung eines kommunistischen Textilarbeiterverbandes in die Wege zu leiten. Teils freiwillig, teils durch den ärgsten Terror wurden die Mitglieder in den Ortsgruppen Krábau, Grottau, Reustadt und Zwickau dem neuzuschaffenden kommunistischen Verband der Textilarbeiter zugeführt. Diese Leute, denen in der Union niemand etwas recht machen konnte, konnten nun den Beweis erbringen, daß sie den Kampf besser führen und mehr erreichen können. Ihre Unfähigkeit den Arbeitern zu helfen, haben sie beim Grottauer Streik im August l. J. glänzend bewiesen, und ihre Unfähigkeit hat sie auch bei einigen kleineren Konflikten nicht verlassen. Den Beweis ihrer Unfähigkeit haben sie aber ganz besonders bei den letzten Lohnverhandlungen für das Reichenberger Vertragsgebiet Ende Oktober erbracht. Ihr Argument, daß sie revolutionär und kompromißlos sind, hat sich als ein plumper Schwindel erwiesen. Die Kommunisten waren herzlich froh, als sie von Seite der Unternehmer bei den Verhandlungen anerkannt wurden und die Unternehmer haben sie nur deshalb anerkannt, weil sie die Kommunisten als Helfershelfer im Kampfe gegen die geschlossene Einheitsfront der Gewerkschaft nicht vermissen könnten. Wie revolutionär und kompromißlos diese Sorte von Kommunisten ist, beweist am besten das bei diesen Lohnverhandlungen durch den kommunistischen Angestellten Schreiber gestellte Verlangen, daß die Teilnehmer vorhalten werden sollen, die Teilnehmer an den Lohnverhandlungen aus ihren Mitteln zu bezahlen. Ihr kommunistischer Verband scheint moralisch und finanziell sich in schweren Nöten zu befinden und es ist ein Ausdruck eines Warnsdorfer Vertrauensmannes charakteristisch, der erklärte, daß man das Organisationsgeld der Textilarbeiter bei der Gehaltsbezahlung der kommunistischen Parteiangestellten zur Aushilfe — heranziehen mußte. Aus ihrer schlimmen Situation suchen sie sich nun dadurch zu erretten, daß sie gegen die noch geschlossene 13.000 Mitglieder zählende Ortsgruppe der Textilarbeiter Reichenbergs den Kampf mit den schäblichsten Mitteln eröffnen. Sie stören alle Versammlungen der Textilarbeiter, beschimpfen alle jene, die sich ihren Weisungen nicht unterwerfen, halten eigene Vertrauenspersonenversammlungen und Betriebsversammlungen ab, um den organisierten Kampf gegen die Union der Textilarbeiter vorzubereiten, sie verbreiten irreführende Lügenhafte Flugblätter und der Reichenberger „Vorwärts“ leistet ihnen dabei die wirksamste Unterstützung. Sie stellen an die Unionsleitung das Verlangen, die ausgeschlossenen Organisationschädlinge bedingungslos in die Organisation wieder aufzunehmen, sie verlangen die Einberufung des Unionstages und im Falle ihrem Willen nicht entsprochen wird, erklären sie, daß die Mitglieder der Reichenberger Textilarbeiter-Ortsgruppe ab 1. Dezember keine Beiträge mehr an die Union leisten sollen, sondern daß die Beiträge an den kommunistischen Textilarbeiterverband abgeführt werden. Diese Verbrecher an der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung wissen sehr gut, daß sich eine Gewerkschaft den von den Kommunisten gestellten Bedingungen nicht fügen kann und sie bemühen diese Ablehnung als Vorwand, um die Spaltung der Textilarbeiter durchzuführen, die Mitglieder von der Union abzusprennen, damit diese dem kommunistischen Verband aus den finanziellen Nöten heraushelfen. Die Folge dieser Spaltung wird sein, daß Paß und Freundschaft unter die Arbeiterschaft in die Betriebe getragen wird, daß sich viele Arbeiter, durch den Kampf angeekelt, von der Gewerkschaft abwenden und daß dadurch der nationalsozialistischen und christlichen

Arbeiterbewegung die Wege zur Schaffung eigener Organisationen geebnet werden und die einstmals geschlossene Arbeiterbewegung der Willkür der Unternehmer auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wird. Gerade die Textilarbeiter als die ärmste Gruppe der Arbeiter haben sich die Kommunisten ausgesucht, um mit dieser ihr verbrecherisches Spiel zu treiben. Dieser kommunistische Anschlag auf die Einheit und Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Organisation der Textilarbeiter wird für diese von unheilvollen Folgen begleitet sein. Die Lebenshaltung und Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird durch die Zerschlagung der gewerkschaftlichen Organisation für die Textilarbeiter eine schlechtere werden und die Kommunisten haben auch in diesem Falle neuerlich bewiesen, daß sie die Totengräber der geschlossenen Front der Arbeiter und die Helfershelfer der Reaktion und der profitgierigen kapitalistischen Klassen sind.

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten.

Wien, 27. Nov. (Eig. b. „Sozialdemokr.“) In der heutigen Sitzung des sozialdemokratischen Parteitages erstattete zunächst Abgeordneter Staret den Bericht des Parteivorstandes und der parlamentarischen Fraktion. Es wurde beschlossen, als mindesten Parteibeitrag 20 K monatlich festzusetzen. Jede Landesorganisation hat einen Teil des Parteibeitrages als Bildungssteuer einem besonderen Fonds zuzuwenden. Alle Parteikörperschaften sind verpflichtet, den Frauenkomitees mindestens 5 Prozent der von den weiblichen Parteimitgliedern geleisteten Parteibeiträge zu übergeben. Der Parteibeitrag ist für männliche und weibliche Mitglieder gleich hoch.

Hierauf erstattete Dr. Bauer ein Referat über die Weltlage des Sozialismus und unsere nächsten Aufgaben. Er beantragte eine Resolution, in der es im wesentlichen heißt: Mitten in der kapitalistischen Umwelt konnte das kleine wirtschaftlich und politisch abhängige Österreich den Kapitalismus nicht überwinden. Begünstigt durch die Geldentwertung der Jahre 1919 und 1920 hat der Kapitalismus auch hier die Produktion und den Handel unter seinem Kommando wieder herzustellen vermocht. In dem Maße der Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaft ist das Selbstbewußtsein der Bourgeoisie wieder erstarkt, haben sich das Kleinbürgertum und die Bauernwirtschaft wieder der Führung der Bourgeoisie untergeordnet. Das positive Ergebnis der Revolution vom Jahre 1918 ist die demokratische und republikanische Ordnung Mitteleuropas. Diese Neuordnung ist noch nicht gefestigt. Sie ist noch bedroht durch die Abneigung der die neue Republik beherrschenden Bourgeoisie gegen die republikanische Ordnung, durch die konterrevolutionäre Militärdiktatur in Ungarn, durch die nationalen Gegensätze in den neuen Nationalstaaten, denen der Ententekapitalismus die Expansion weit über ihre nationalen Grenzen hinaus erlaubt hat, vor allem aber durch die wirtschaftliche Zerrüttung in Deutschland und in Deutschösterreich, die durch den Krieg und durch den Gewaltfrieden herbeigeführt, durch die Tributforderungen des Ententekapitalismus wesentlich verschärft wurde. Solange die internationale Machtstellung des Kapitalismus ungebrochen ist, ist die isolierte Herrschaft des Sozialismus in Deutschösterreich nicht möglich. Brüche die demokratische Republik in Deutschösterreich zusammen, so würde ihr Erbe nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur der Konterrevolution antreten. Das Proletariat muß daher die demokratische Republik mit allen seinen Kräften verteidigen. Steht es in Opposition gegen die bürgerliche Regierung der Republik, so muß es doch die republikanischen Institutionen schützen und den Ausbau der Ordnung im Haushalte der Republik, die Befestigung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen unterstützen und erforderlichenfalls selbst gegen die Regierung erkämpfen. Ist die Vertretung des Proletariats eine Minderheit im Parlament, so verfügt das Parlament doch über außerparlamentarische Machtmittel, die hinreichen, jede bürgerliche Regierung zu stürzen. Aber der gewalttätige Sturz der bürgerlichen Regierung würde eine Periode des Bürgerkrieges, der wirtschaftlichen Zerstörung und der internationalen Verwicklungen einleiten, die, solange die Macht des Kapitalismus rings um Deutschösterreich nicht gebrochen ist, nur zur Konterrevolution führen können. Das Proletariat kann sich daher im politischen Alltagskampfe weder der außerparlamentarischen Gewaltmittel, des politischen Massenstreiks und des bewaffneten Aufstandes bedienen, noch kann es das Parlament der Republik durch seine Obstruktion zerstören. Es muß sich in der Regel mit den normalen Kampfmitteln einer parlamentarischen Opposition des Proletariats zum Kampfe um Leben und

ich plötzlich und ohne Zweifel, daß dieses Leben im selben Augenblick zu Ende war. Und ein entsetzlich tiefes Gefühl, das Worte nur verfälschen können, durchstieß mich: „Warum er warum nicht ich?“

Karl Brand, o armer Toter! Wie unter uns die Toten all, schneller noch als die Verwesung zerstört ist deine Erscheinung verblaßt. So viele vollreife Jahre sind dahin, so viel, so namenlos viel mit scharfen Fußstapfen durch uns hindurchgeschaltet und selbst die Erinnerung ward ohnmächtig, diese starke und einzige Totenbeschwörerin hinieden. Ich sehe nicht mehr dein Gesicht, deine Jüde vermag ich nicht mehr zurückzurufen, fern schwimmt ein blauer und bläulicher Fleck, der nicht die Kraft hat, Vision zu werden.

So ganz und gar umsonst gelebt, so ganz und gar umsonst gestorben! Dein Vermächtnis? Der kurze keuchende Schrei, den ein atemlos Verfolgter ausstoßen darf, wenn er unter eine Haustür gedrückt, für eine kleine Weile sich sicher wähnt. Dein Werk? Eine Scherbe auf dem großen Scherbenberg der gemordeten Generationen, den sie der Zeit hinterlassen haben. Deine Kraft? Du bist nicht allein.

Wenn man recht hinsieht, sind die anscheinend so runden und fertigen Werke der Vorigen, d. h. der Männer, deren Reifwerden nicht in die Epoche des Krieges, seiner Ursachen und Folgen fällt, nur durch eine zeitbedingte, „bürgerliche“ Lüge möglich geworden. Menschen, die keinen Boden unter den Füßen hatten, redeten sich würdevoll olympisch ein,

sie stünden auf Festland. Es entstanden — (von den wenigen Wissenden spreche ich nicht) — Scheinvollkommenheiten, eitle Seifenblasen, die längst vergangene Landschaften spiegelten und nach und nach gründlich zerplatzt sind.

Die Kraft der Generation, die unter dem Unstern dieser Lüste ins Leben trat, war das Bekenntnis zum Schiffbruch, war der besessene, aber unbedingte Sprung ins Meer. Diese Menschen haben nichts „Bleibendes“, keine Vollendungen geschaffen. Aber der um sein Leben kämpfende Schwimmer ist froh, wenn er einen Balgen erhascht und denkt nicht daran, ein Haus zu bauen.

Unheimliche Augen hatte der gute, schützterne Brand, und unheimliche, unerbittliche Augen haben viele der Zwanzig- und Dreißigjährigen, die unbefleht bis zum Jünglingsalter sind und die von der Lüge so sehr gequalt wurden, daß sie die Schönheit opfern mußten.

Sie wissen alle, daß ihnen versagt bleibt die Unsterblichkeit, die nur dem Heitern winkt, die Liebe, die nur der Seligselbstmüde erntet, das Lebensglück, das der freudig Zugewillte, der Wägnisse allein gewinnt. Sie haben verzichtet. Sie wurden verzichtet.

Bereingelt, ohne Rettungsgürtel, auf hohem Meer, einfame Kolonisten, treiben sie auf hoffnungslosen Eucudensfahrten nach einer Wahrheit, wo es sich leben läßt. Nicht nur waren sie Beute irdischer Geschicke; Raubnahrung des Welgeistes sind sie und Invalide einer unbegreiflichen Entwicklung. Einer der vielen, einer der ihren war Karl Brand.

die Angriffe auf die Republik selbst oder auf die entscheidenden Machtpositionen des Proletariats innerhalb der Republik das Proletariat zum Kampfe auf Leben und Tod zwänge, müßte dieses von all seinen parlamentarischen und außerparlamentarischen Gewaltmitteln vollen Gebrauch machen. Unmittelbar noch als andere kapitalistische Staaten ist das Reich von wirtschaftlichen Erschütterungen bedroht. Hat die Geldentwertung in den Jahren 1919 und 1920 die Wiederherstellung des kapitalistischen Handels ermöglicht, so droht die weiter fortschreitende Geldentwertung schließlich zur völligen Wertvernichtung des heimischen Geldes und damit zur Wirtschaftskatastrophe und Hungersnot zu führen. Nur mit den heroischsten Mitteln kann es noch gelingen, der Zerstörung des Geldwertes Einhalt zu gebieten. Aber gerade, wenn das gelingt, wird auch Deutschland von der internationalen Abwärtsfahrt erfasst werden, vor deren Wirkungen es bisher durch die Geldentwertung noch bewahrt geblieben ist. In jedem Fall wird die bürgerliche Regierung, deren Hände durch die Sonderinteressen des Kapitals gebunden sind, die ökonomischen Probleme des Landes nicht zu meistern vermögen. In dem Maße, als sich ihre Unfähigkeit dazu enthüllt, wenden sich die Zwischenschichten der Gesellschaft, die sich bisher der Führung der Bourgeoisie anvertraut haben, von ihr ab. In demselben Maße wird es möglich, immer weitere Massen des arbeitenden Volkes in den Städten und auf dem Lande, um das industrielle Proletariat zu scharen. So schafft allmählich die Entwicklung des internationalen und des heimischen Kapitalismus die Voraussetzungen zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Indem das Proletariat einerseits die Republik und damit seine durch die Novemberrevolution eroberten Machtpositionen stützt und verteidigt, indem es andererseits die Bourgeoisie regiert, die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems und seiner politischen Vertretung, das ökonomische Gleichgewicht wieder herzustellen, sich entwickeln läßt, bereitet es am wirksamsten die Eroberung der politischen Macht vor.

Nach kurzer Debatte wurde diese Resolution einstimmig angenommen.

In unserem gestrigen Bericht über den Parteitag sind bei der Rede des Genossen Cernak einige Worte ausgelassen worden, wodurch der Sinn eines Satzes entstellt wurde. In der zweiten Spalte soll es in Zeile 48 richtig heißen: „Nach Meinung der Regierung waren die Opfer notwendig“ u. s. w.

Inland.

Wajarys über Militarismus und die Konsolidierung Europas. Präsident Masaryk empfing noch vor der Washingtoner Konferenz einen Vertreter des „New-York World“ und sagte unter anderem: „Ich bin Anhänger des Ideals des dauernden Friedens, ich bin Gegner des Militarismus, Gegner des Imperialismus. Aber eben deshalb bin ich gegen den jentimentalen Pazifismus, den ich oft in Amerika und England angetroffen habe. Die Anhänger dieses Pazifismus wurden in ihrem Friedensstreben zu Protektoren der aggressivsten Militaristen. Ich wünsche, die Washingtoner Konferenz möge praktisch vorgehen, real, und dem Friedensideal wirklich dienlich sein. Die Lösung des mitteleuropäischen Problems, bestimmter gesagt: die Konsolidierung Mitteleuropas, ist mit Rücksicht auf Rußland notwendig. Das russische Problem wird in kurzer Zeit in eine neue Phase treten, Rußland wird sich zu seiner Konsolidierung anstrengen. Europa — wenn es für diesen Moment vorbereitet sein soll — muß baldigst die übrigen Probleme lösen, die durch den Krieg und die Friedensverträge in Klug geraten sind. Ein besonderes Problem ist sicher das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Es ist für die Erhaltung des Friedens in Europa notwendig, daß Frankreich seine neuen Angriffe seitens Deutschlands befürchten muß. Es handelt sich darum, Frankreich in dieser Beziehung sicherzustellen. Damit äußere ich mich nicht gegen Deutschland, im Gegenteil, ich wünsche und hoffe, daß es zu einer Verständigung, zur gemeinsamen Arbeit zwischen Frankreich und Deutschland kommen wird. England könnte ein befähigter Vermittler sein. Es kann keine Macht mehr die leitende Stellung einnehmen, die Deutschland vor dem Kriege hatte. Europa kann und muß eine große Entente großer und kleiner Völker sein. In diesem demokratischen Sinne spreche ich von der freundschaftlichen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland; in diesem Sinne müssen wir uns wünschen und er-

warten, daß Rußland seinen Einfluß in Europa wiedergewinnen wird. In diesem Sinne wünsche ich Amerikas Mittätigkeit mit den europäischen Völkern. Ein weniger schweres Problem sehe ich in der dauernden Einigung der Vereinigten Staaten und Englands, beziehungsweise der englischsprechenden Völker und Länder. Ich muß es nicht erörtern, was so eine feste Einigung für den Frieden und für die Kulturentwicklung der ganzen Welt bedeutet.“ Nach Beprehung der Stellung Amerikas zum Völkerbund sagte Masaryk: „Die Washingtoner Konferenz wird sicher auch das Finanzproblem Europas, ja der ganzen Welt, insbesondere das der Balkan, nicht übersehen. Der Krieg dauert bis zu einem gewissen Grade fort, eben in der finanziellen und ökonomischen Form. Es wäre sonderbar, wenn wir uns gegen den Krieg ereifern und dabei die schädlichen Wirkungen der valutärischen Spekulationen usw. übersehen möchten. Das Nordden in Kriege ist sicher etwas Schreckliches, aber ein systematisches Aushungern und Ausbeuten des ökonomisch Schwächeren durch den Stärkeren ist nicht menschlich. Ich wünsche, daß sich die Konferenz mit dem ökonomischen Problem auf eine praktische Art beschäftigen möge: Ich habe den Eindruck, daß es sehr oft in philanthropischem Sinne, der eine augenblickliche Hilfe sichert, aufzuckt wird, aber die finanziellen und geschäftlichen Schwierigkeiten und ihre Ursachen bleiben unberücksichtigt. In Geschäftssachen gebe ich dem soliden Geschäft den Vorrang vor Sentimentalität.“

Beendigung der Demobilisierung. Wie amtlich mitgeteilt wird, endigt die Demobilisierung Samstag, den 26. November um 12 Uhr nachts.

Beendigung eines Verwaltungs- und Justizstandes. Wie gestern mehrere Blätter aus Brünn berichteten, wurde auf Anordnung des Präsidenten der Republik der Sozialratsprozeß gegen Vela Rudnan und Emmerich Džitas eingestellt und beide Beschuldigte nach mehr als einjähriger Haft auf freien Fuß gesetzt. Wir haben über den Verlauf des Prozesses und die darin zutage getretenen Ungehörlichkeiten nicht nur berichtet, sondern, soweit dies der Stand des Prozesses möglich machte, auch dazu Stellung genommen. Der Prozeß hat Zustände enthüllt, die man schlichtweg für unmöglich gehalten hätte. Es ging bei der ganzen Sache offensichtlich um eine groß angelegte Lockspindel einiger Verbrechertypen, die unerschütterlich im Dienste der slowakischen Polizei als Geheimagenten tätig waren, Leute, die eben, offenbar ihren Verbrechertinstinkten folgend, in den kommunistischen Terrorabteilungen Nüchternheit tätig waren und nun als Geheimpolizisten sich weiter auszuleben versuchten. Während des Prozesses mußten sich diese Geheimpolizisten vorwerfen lassen, daß sie bei der Verhaftung Rudnans Geld und Schmuckstücke gestohlen hätten, daß sie Verhaftete und Frauen in unmenschlicher Weise mißhandelt und ihnen, um von ihnen Geständnisse zu erpressen, die Prozedur des Aufhängens so lange vornahmen, bis sie sich zu „Geständnissen“ herbeiließen. Offenbar empfanden die Justizbehörden das Ungeheuerliche der entthüllten Verhältnisse und sie unterließen es daher wohlweislich, nochmals den plötzlich unerbrotchenen Prozeß wieder aufzunehmen. Es ist kaum eine Woche her, seitdem der Prozeß in Brünn vor sich ging. Daß das Justizministerium sich bemüht gefühlt hat, schon jetzt die Einstellung des Prozesses durch den Präsidenten der Republik herbeizuführen, ist ein Beweis dafür, als wie ungeheuerlich auch das Justizministerium das Vorgehen der slowakischen Verwaltungsbehörden empfand.

Die „Prager Presse“ gegen die Bergarbeiter. Die gestrige „Prager Presse“ bringt über die Krise im Bergbau einen Bericht, der in jeder Hinsicht dem Standpunkt der Unternehmer Rechnung trägt. Während bekanntlich die laotierten Bergarbeiterverbände auf dem Standpunkt stehen, daß die Vereinigung der Frage von Bedeutung für die gesamte Bergarbeiterchaft der Republik ist und zur Führung der Verhandlungen daher die Vertreter der Zentralverbände berechtigt sind, lehnen die Unternehmer Verhandlungen mit den Verbänden ab und wünschen, nur mit den Strauer Bergarbeitern zu verhandeln. Diesem Standpunkt schließt sich die „Prager Presse“ vollinhaltlich an: „Eine Teilnahme sämtlicher koalierter Bergarbeiterorganisationen in der Republik wäre nicht am Platze, da es sich um eine rein lokale Angelegenheit handelt. ... Es wäre überflüssig, hervorzuheben oder zu versichern, daß sich die Unternehmer Gelegenheiten zu einer Einigung der Streitfrage nicht entgehen lassen oder daß sie einer Aufforderung der Regierung nicht gefolgt hätten. Gegen die in Umlauf gegangenen Nachrichten muß nur versichert werden, daß die Grundbesitzer vom Wunsche befreit sind eine Genierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in einer für beide Teile akzeptablen Form herbeizuführen.“ Die Bergarbeiter stehen vor einem schweren Kampf um ihre Existenz, sie wehren sich gegen eine Verabsichtung ihrer Lebensstellung. In einem solchen Augenblick erdreistet sich ein Regierungsbüttel den Bergarbeitern in

den Rücken zu fallen. Auf der einen Seite erklärt der Minister für öffentliche Arbeiten Tuzny im Parlament, die Regierung sei in dem Streit unparteiisch und suche mit aller Kraft zwischen den Standpunkten der Bergarbeiter und der Unternehmer zu vermitteln, auf der anderen Seite tritt ein Regierungsblatt offen für die Unternehmer ein. Ein so zweideutiges Verhalten ist politisch und moralisch unmöglich. Die Regierung möge erklären, ob die Worte des Arbeitsministers in der gestrigen Parlamentssitzung ernst gemeint waren, oder ob die Ausführungen der „Prager Presse“ ihre Ansicht darstellen. Die Stellung der „Prager Presse“ ist umso auffälliger, als doch in der Regierung Arbeitervertreter sitzen, Angehörige der tschechischen national-sozialistischen und sozialdemokratischen Partei, die auch die Bergarbeiterchaft vertreten. Sind diese Parteien weiter gewillt, ein Blatt aus öffentlichen Steuergebern zu erhalten, welches offen gegen die Arbeiterchaft auftritt?

Enthaltung des Genossen Ronah. Der Redakteur des Prahburger „Volkrecht“, Genosse Jostan Ronah, wurde Samstag nachmittags aus der Haft entlassen.

Die Notwendigkeit der parlamentarischen Opposition. Darüber schreibt die „Tribuna“: „Im Hinblick auf die Opposition ist unser Parlament Stückwerk; wir meinen eine solche Opposition, welche der Hecht im Karpatenreich ist und ihre wichtige Sendung hat. Und wir wiederholen, daß der Boden für eine solche kritische Opposition von beiden Seiten vorbereitet werden muß, weil es eine Bedingung für die Kritik ist, daß sie gehört werde. Was nicht die einseitige Diskussion? Zum Zusammenleben mit den Deutschen wird es etappenweise kommen. Vielleicht ist es die erste, ihre Opposition anzuerkennen, so weit sie wirklich kritisch ist. In rein politischen Dingen ist es freilich schwer, diese Linie zu finden; aber es geht wirklich am häufigsten um wirtschaftliche Fragen. Unsere Regierung mit ihrer Mehrheit hat so lange nicht die richtige Kritik, so lange jede abweichende Meinungsäußerung nicht die Hoffnung hat, ernst genommen zu werden. Dann wird auch die Bevölkerung kritischer verschiedenen Regierungsmahnahmen gegenüberstehen, was ihr sicher nicht zum Schaden sein wird. Nichts ist gefährlicher als ständiges Lob, welches mit der Zeit den Eindruck der Blindheit erweckt. Es ist möglich, daß man leichter regiert, wenn jede Kritik mit dem Hinweis darauf erledigt werden kann, daß sie von den Deutschen kommt, also von Leuten, welche den Staat neigieren. Lange Zeit kann man jedoch damit nicht auskommen.“

Eine Krise der Regierungsparteien? Wie die „Narodni Politika“ meldet, waren am Donnerstag die Vertreter der tschechoslowakischen Bischöfe beim Unterrichtsminister und verlangten die Erfüllung der Vereinbarung, die mit der früheren Regierung wegen Rückgabe und Reaktivierung dreier katholischer Gymnasien in Ritra, Bystřiz und Rosenberk abgeschlossen wurde. Da der Unterrichtsminister nicht sofort die Erfüllung der Vereinbarung zusagte, erklärten die slowakischen liberalen Abgeordneten, daß sie gegen das Budget stimmen werden. Ihre Klubkollegen aus Böhmen und Mähren wollten sich mit ihnen solidarisch erklären. In dieser Stunde der Gefahr erschien der Vater Schramel am Platze, trotzdem er, wie berichtet wird, krank ist und erzielte, daß der Unterrichtsminister mit den Bischöfen weiter verhandelt und der Klub der katholischen Volkspartei für das Budget stimmen wird. Dadurch erscheint die Krise vorläufig beigelegt zu sein.

Der englisch-französische Gegenlag.

Ein Rededuell Curzon-Briand. Briands Unnachgiebigkeit, mit welcher er unter dem Vorwand von sieben Millionen bewaffneter Deutscher an der Aufrechterhaltung der französischen Landrüstungen festhält, hat in England arg verstimmt. Ihren Ausdruck fand diese Verstimmung in einer Rede Lord Curzons. Der englische Staatssekretär erklärte es als ein zu großes Verlangen an Großbritannien, selbst seine Flotte abzubauen zu sollen, indes andere Staaten Landheere und Waffen aufzurichten. Nur Gemeinsamkeit könne die Welt retten. So sehr ein rachebegriffenes Deutschland auf den Widerstand aller Völker stoßen müßte, so notwendig sei es, dem deutschen Volk wieder die Wege zu gemeinsamer Arbeit zu öffnen. Auch Frankreich dürfe nicht sein Teil in einer „Spindel isolation“, in der glänzenden Vereinsamung suchen. Die hittere Bille war in eine süße Hülle von Phrasen und Komplimenten eingewickelt, doch darum schmekt sie Herrn Briand um nichts weniger schlecht und so antwortete er unmittelbar vor seiner Abreise aus Washington, in gereiztem Tone: Frankreich habe bezüglich der Abrüstung gradezielten wie jedes andere Land, denn trotz der drohenden Gefahr hat es die heimische Armee um ein Drittel

herabgesetzt und beläßt trotz der gesetzlichen Bestimmung, daß drei Jahrgänge unter der Fahne bleiben sollen, gegenwärtig nur zwei im Dienste. Die Militärbedienstetenzeit wird auf Grund eines der Deputiertenkammer vorgelegten Antrages auf die Hälfte herabgesetzt werden und infolgedessen wird auch im gleichen Verhältnis der Effektivebestand der Truppen verringert werden. Briand unterließ nur zu erwähnen, daß längerdienende Freiwilligenkompagnien errichtet und farbige Truppen in einer Menge eingestellt werden sollen, welche die so ruhmredig hervorgehobenen Erabminderungen wieder aufhebt. Auch soll die tatsächlich zweijährige Dienstzeit nur auf anderthalb Jahre herabgesetzt werden. Alle Rechnungsbücher werden Briand in den Augen der Welt eben nicht helfen: da bleibt Frankreich das Land des schrankenlosen Militarismus und der den Frieden am ärgsten bedrohenden Rüstungen.

Die Washingtoner Konferenz.

China verwehrt sich gegen die „offene Tür“. London, 25. November. (Wolff.) Ein Mitglied der chinesischen Delegation erklärte heute, daß China sich weigern würde, weiter an der Konferenz teilzunehmen, wenn die britische Ansicht über die offene Tür auch von den übrigen Mächten angenommen würde.

Der Streit um den Vertrag von Angora.

Eine entschiedene Demonstration Englands. Rom, 25. November. (Sabat.) Bis zur Regelung der durch den Vertrag von Angora hervorgerufenen Meinungsverschiedenheiten hat die britische Regierung Maßnahmen getroffen, um ihre Interessen in Kleinasien wahrzunehmen und hat zu diesem Zwecke beschlossen, ein Kriegsschiff nach Messina zu entsenden.

Die englischen Liberalen für die Revision der Friedensverträge.

Neu-Castle, 25. November. Asquith erklärte gelegentlich der Verhandlungen des liberalen Bundes, die Wiederherstellung Europas sei nur möglich, wenn drei Maßnahmen getroffen würden: erstens die Revision des Versailler Vertrages, zweitens die Annullierung der alliierten Kriegsschulden und drittens die Beseitigung der Zollstrafen. — Der liberale Bund verlangte in seiner abschließenden Resolution die Abänderung der Friedensverträge, Wiederherstellung des freien Handels und Beseitigung der verschwenderischen Regierungsausgaben.

Hobac, der Sachverständige.

Die amtliche Mitteilung. Genf, 25. November. (Wolff.) Zu den Blättermeldungen, wonach die aus den Beratungen des Völkerbundes bekannten Sachverständigen Herold und Hobac zu der gegenwärtigen Konferenz hinzugezogen werden sollen, wird erklärt, daß Herold es abgelehnt hat. Was dagegen Hobac betrifft, so wird die Meldung bis jetzt nicht bestritten, vielmehr heißt es, daß seine Teilnahme in Völkerbundkreisen empfohlen wird. (Am wärmsten empfiehlt ihn wohl Herr Dr. Benesch selbst, der sich ja auf Stimmungsmache immer gut verstanden hat. Ueber den Posten des „Sachverständigen“ hinaus geht vielleicht zur Stelle des neutralen Dritten in der zu errichtenden ständigen Wirtschaftskommission Oberschlesiens und dann ist das Geschäft so gedeckelt, wie die tschechoslowakische Ungegenwärtigkeit es wünscht. D. Red.)

Protest gegen die Zerstörung der Dieselmotore.

Berlin, 26. November. Die Note der deutschen Regierung gegen die Zerstörung der Dieselmotore ist nunmehr in Paris überreicht worden. Gleichzeitig sind in London und in Rom ähnliche Schritte unternommen worden.

Deutsch-polnische Verständigung.

Genf, 26. November. (Wolff.) In der heute beendeten Schlußsitzung der deutsch-polnischen Konferenz wurden die Arbeitssachen der weiteren Verhandlung unterzeichnet. Es wird berichtet, daß Präsident Salonder sich kurz nach Neujahr vorübergehend nach Oberschlesien begeben wird. Die Deutschen und polnischen Bevollmächtigten werden bereits am Beginn der Arbeiten der Unterausschüsse nach Oberschlesien gehen. Der Zusammenbau zwischen den Unterausschüssen und dem Präsidenten der Konferenz wird durch die Bevollmächtigten Schiffer und Dischowski aufrechterhalten. Sie sind verpflichtet, dem Präsidenten spätestens

am 15. Jänner 1922 den Abkommenentwurf zu unterbreiten. Die deutsche Abordnung reist heute nach Berlin zurück.

Genf, 26. November. (Wolff.) Gegenüber einem Sonderberichterstatter des W. T. B. erklärte der polnische Abordnungsbevollmächtigte Gesandter Dłuzowski, daß die Verhandlungen im Zeichen ständiger Versöhnlichkeit standen und die leitende Gedanke für beide Teile die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in Oberschlesien sei. Er habe sich überzeugt, daß die deutschen Vertreter keine Verschleppungstaktik beabsichtigen. So sei man ohne große Schwierigkeiten zu einer Uebereinstimmung gelangt. Sobald die Konferenz endgültig abgeschlossen sei, würden andere Verhandlungen mit Deutschland beginnen, die sich auf eine Reihe anderer deutsch-polnischer Fragen beziehen.

Berlin, 26. November. Der „Sozialanzeiger“ meldet: Das bekannte englische Parlamentsmitglied Kennorth ist in Berlin eingetroffen und hat bereits mit der deutschen Großindustrie Fühlung genommen.

Die deutschen Finanznöte.

Berlin, 26. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Heute vormittags um 10 Uhr beriet eine Sitzung des Reichskabinetts über das Kreditangebot der Großindustriellen. Nach der Sitzung gab Stinnes Mitgliedern der Reichsregierung und dem Reichskanzler Bericht über seine Besprechungen in London. Diefen Bericht legte er, wie offiziell behauptet wird, nur als Privatmann ab. — Nach der Behauptung des Berliner Berichterstatters eines französischen Blattes sind gleichzeitig mit den Anstrengungen der deutschen Industrie, Kredite zu beschaffen, von der Reichsregierung Verhandlungen mit englischen Kreisen angeknüpft worden, die angeblich einen günstigen Verlauf nehmen.

Geheime Rüstungen der deutschen Reaktion.

Berlin, 26. November. Die „Freiheit“ behauptet, daß in den bekannten Hochschloßwerken in Reidenau bei Dresden die Durchsuchungen weiter fortgesetzt werden. Dabei wurden 343 Patronen, Kaliber 10,5 cm gefunden, nur die Patronen fehlten. Nach der Art der Packung wird angenommen, daß die Patronen von Spandau nach Dresden geschickt wurden.

Eine Entschließung der Berliner Betriebsräte.

In einer am Mittwoch, den 23. November, stattgefundenen Versammlung der Berliner Betriebsräte, zu welcher auch Betriebsräte aus dem ganzen Reich eingeladen waren, wurde gegen wenige Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„Die am 23. November 1921 in den Sophienhallen zu Berlin versammelte Konferenz der Delegationen aus allen politischen Arbeiterparteien und den freien Gewerkschaften aus vielen Bezirken des Reiches, der Ob- und der Vorbesitzenden der Berliner Betriebsräte faßt folgende Entschließung:

1. Die Konferenz fordert den ADGB und die Afa auf, innerhalb 14 Tagen einen allgemeinen deutschen Betriebsräte-Kongress nach Berlin einzuberufen.

2. Der Kongress muß sich mit folgenden Punkten befassen: a) Erreichung einer Amnestie für die politischen Gefangenen, b) Durchführung der Forderungen, die in den Aufrufen des ADGB und der USPD enthalten sind, c) vor allem Abwälzung der Steuerlasten auf die Schultern der Besitzenden (Zachwerterfassung); d) Sicherstellung der Volksernährung durch Erfassung aller Lebensmittel und Verteilung durch die Organisationen der Gewerkschaften und Betriebsräte; e) Organisierung der Lebensmittelproduktion durch Organe der Arbeiterschaft und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen.“

Die Leitung der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte die Einladung zu dieser Betriebsräteversammlung abgelehnt, während die USPD, die KPD und die Afa Vertreter entsandt hatten. Es wird nun an dem allgemeinen Gewerkschaftsbund liegen, ob er die ihm gegebene Möglichkeit, im Kampfe der Arbeiter führend zu sein, auszunutzen und die Einberufung eines allgemeinen Betriebsräte-Kongresses in die Hand nehmen wird. Die wachsende Not drückt immer härter auf das deutsche Proletariat und es ist notwendig, daß seinen Forderungen wuchtigst Nachdruck verliehen wird. Dazu zeigt die Entschließung einen unersetzten Erachtens glücklichen Weg, der unter keinen Umständen abgelehnt werden darf. Die Parteileitung der K. S. P. hat darum die Entschließung durch ihre Vertreter ausdrücklich unterstützt.

Vor einem Streik der städtischen Arbeiter Berlins. Da auch die Verhandlungen des Magistrates Berlin mit dem Lokalarbeiter der städtischen Arbeiter ergebnislos verlaufen sind, ist ein Streik dieser Arbeiter zu befürchten.

Vor einer Reduzierung der Kriegsschulden? Berlin, 26. November. (Sch. B.) Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Washington vom

25. November: „Die Amerikaner wollen die Kriegsschulden der Alliierten auf die Hälfte herabsetzen, wenn die Delegationen dem Abstillungsplane Hughes' ihre Zustimmung geben.

Die Kommunisten müssen die Echtheit der Berichte zugeben.

Berlin, 26. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Die Zentrale der K. P. D. hat gestern eine Erklärung veröffentlicht, in welcher sie die vom „Vorwärts“ wiedergegebenen Berichte über die Kommunistenführer Lemel und Bowitchy als vollständig unwahr und phantastisch bezeichnet. Eberlein, der durch die Berichte besonders schwer belastet ist, behauptete gestern im Abgeordnetenhaus, daß die Berichte illuhal seien, denn sie stammten aus der Quelle Paul Lewis, der damals im Lande herumreiste, um Material gegen die kommunistische Zentrale zu sammeln. Die Echtheit der Berichte wird bestätigt, nur verfluchen die Kommunisten, ihre Verfasser bloßzustellen, und behaupten, ihre Veröffentlichung geschehe, um die Einheitsfront des Proletariats zu zerbrechen.

Rücktritt des Ministerpräsidenten von Braunschweig.

Nach einem Berichte des „Berliner Tageblattes“ wurde in der Donnerstagsitzung des braunschweigischen Landtags eine Erklärung des Ministerpräsidenten Dexter vorgelesen, daß er aus den letzten Tagen im Landtag und in der Öffentlichkeit gegen ihn erhobenen schweren Anwürfen die Konsequenzen ziehe, von seinem Ministerposten zurücktrete und auch sein Landtagsmandat niederlege. Besonders wurde er in den letzten Tagen durch die von dem bekannten Psychotherapeuten Otto Otto in Plankenburg gegen Dexter erhobenen Angriffe bloßgestellt und in seiner jetzigen Stellung unmöglich gemacht. Otto erklärte in einer öffentlichen Versammlung und in braunschweigischen Zeitungen, daß Otto vor und nach seiner Ernennung zum Professor durch den Ministerpräsidenten diesem Dexter ein noch nicht zurückgezahltes Darlehen in Höhe von 20.000 Mark gegeben habe. Ferner habe Dexter an ihn (Otto) das Ansehen gerichtet, mit Otto und auf Ottos Kosten eine Reise nach England zu unternehmen.

Aussichtslose Aktionen der zweiten Internationalen.

Berlin, 26. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Die Exekutive der zweiten Internationalen hat am 22. und 23. November in ihren Sitzungen beschlossen: 1. zu untersuchen, wie eine gemeinsame sozialistische Aktion durchgeführt werden könne, wobei die allgemeine Abrüstung und die Finanzlage der Welt erörtert wird; 2. angesichts des Finanzelends der Welt alle parlamentarischen Fraktionen darauf hinzuweisen, daß der Völkerverbund die Pflicht habe, der Ersten Brüsseler Finanzkonferenz von Dezember 1920 eine zweite folgen zu lassen. Die „Freiheit“ bemerkt zu diesen Beschlüssen, daß sie die vollständige Hilflosigkeit der zweiten Internationalen offenbart. In der gegenwärtigen kritischen Situation wisse sie nichts anderes, als die akademische Forderung nach vollständiger Abrüstung aufzustellen, ohne den proletarischen Parteien auch nur die geringsten Richtlinien zu geben, wie sie den Kampf gegen die drohenden internationalen Konflikte und Kriegsgefahren zu führen habe. Von gleicher Hilflosigkeit zeugt der Vorschlag, angesichts der ungeheuren Wirtschaftskrise, die das Proletariat aller Länder bedrohe, den Völkerverbund anzurufen und eine internationale sozialistische Konferenz zu beantragen.

Franzosenfeindliche Demonstrationen in Italien.

Neapel, 26. November. Ein Haufe Studenten versuchte vergeblich in das französische Konsulat einzudringen. Sie demonstrierten in der Weise, daß sie eine französische Fahne, welche sie selbst anfertigten, verbrannten. Carabinieri schritten ein und trieben die Studenten auseinander, wobei drei Personen verwundet wurden.

Rom, 26. November. Die Polizei zerstreute eine Gruppe Studenten, welche zur französischen Botschaft zogen.

Besetzung des Burgenlandes.

Wien, 26. November. Antlich wird gemeldet: Die Bundesstruppen haben heute die vorgeschriebenen Marschziele im südlichen Burgenlande ohne Störung erreicht und stehen an der Linie Ledersmarkt — Pullendorf — Mannerndorf — Schleining — Rothenturm — St. Michael — Deutsch-Ischantendorf.

London, 26. November. (Reuter.) Die englische Regierung wird die Anregung zur Einberufung einer Konferenz geben, welche den griechisch-türkischen Konflikt zu regeln hätte. Die Konferenz soll im Jänner zusammentreten.

Tages-Neuigkeiten.

Schlachthausnotizen.

Das Kriegsministerium telegraphierte: „Konservenfabrik in Liefert binnen 14 Tagen zehn Waggons Fleischkonserven ans Magazin des neunten Armeekorps. Unter allen Umständen Lieferungsfrist einhalten.“ Und außerdem war noch eine Bemerkung beigefügt, die den Lieferanten an die Tragweite des Kriegsleistungsgesetzes erinnerte. In dem Brief, der dem Telegramm folgte, stand noch mehr.

Telegraphisch, telephonisch, persönlich und durch Radfahrer berief der Direktor der Aktien-Gesellschaft für den nächsten Tag eine Sitzung seiner Vieh-Einkäufer ein und ordnete den Ankauf von Ochsen, Kühen, Kälbern, Schweinen, Stieren und Hammeln an. Drischäften nah und fern wurden überschwemmt von starken Kerlen mit Knochenstöcken oder Ochsenziemern in der Hand und die Bruststücken geschwellt von vollgepöppelten Selbstbörsten. Von Bauernhof zu Bauernhof gingen sie, überredeten und überzahlten und in den Schenken warteten die Treiber, bis man sie rufen würde, die Herde fortzutreiben. Tag und Nacht füllten sich die Ställe beim Schlachthaus mit gebehtem und hungrigem Vieh aus entlegenen Bezirken. Die Bauern aus näheren Dörfern sind Kavaliere: Sie klopfen vor dem Forttreiben ins Vieh, was ins Maul geht. Und weil das Vieh genau so wie der Mensch nach Salz und Paprika anlockt, warum sollte man der letzten Fütterung nicht „ein wenig“ Paprika beimengen? Lebendiges Gewicht ist lebendiges Gewicht und ein Ochse mit drei Butten Wasser im Magen wiegt einige Gramm mehr. Der Fleischer überlistet den Bauer, der Bauer den Fleischer, drin ist, wer eben hineinfällt. Ich kenne reiche Viehhändler aus Stadthaus und Dorfschenken; hier durchspüren sie fremde Kehlen auf eigene Rechnung mit Champagner, dort mit Kornbranntwein und Bier aus kleinen ländlichen Brauereien. Für eine Maßje Chou Wagner setzt sich ein Dämchen auf den Schoß, für ein Gläschen Schnaps kann man sich ein Täfelchen auf die üppige Hüfte des Mädchens erlauben.

Dritter Tag: Der Direktor der Konservenfabrik erteilt dem Schlachtmeister folgenden Tagesbefehl: „Heute sind dreihundert Rinder, siebenhundert Schweine und fünfzig Schafe aus dem fürstlichen Gutshof zu schlachten. Ueberzeit machen, solange nicht alles fertig ist! Gesellen erhalten Doppellohn, außerdem jeder zehn Zigaretten, einen Doppelliter Bier, ein Kilo Fleisch nach Hause. Bei der ersten Schlachtbank schießen, bei der zweiten Genidstehen, leichten Stößen auf den Schädel klopfen und bei der dritten Bank Schweine abstecken. Die Rindshäute sind gut einzufalzen, Schweine abzubrühen und gut rasieren zu lassen. Das Blut ist gut aufzufangen, damit es nicht überflüssig in den Kanal fließt. Daß kein Stückchen Fleisch an den Knochen bleibt! Mit Gott! Der Schlachtmeister: (saum hörbar): „Krucifix, das wird eine Schinderei werden!“

Wie dramatisch ist es, wenn Tiere zur Schlachtbank getrieben werden! Etwa so, wie wenn man einen Menschen im Namen des Potentaten oder des Gesetzes zum Galgen oder vor die Mündungen der Flinten führt. So wie mit dem Menschen, sage ich, ist es mit dem Vieh. Diese großen, kugeln Augen der Kuh und der Scherz darin! Und manch ein Ochse zittert und brüllt vor Angst. Andere scheinen ungeduldig zu laufen, damit schon alles zu Ende sei. Und es gibt Stüde, die ohne Widerstand gehen, still und stolz. Aber den Stieren muß man Achtung zollen. Deshalb verbindet man ihre Augen und legt Ketten an ihre Köpfe! Trotzdem geschah es, daß ein Stier die Ketten zerriß und hoch emporsprang. Die Fleischer-gesellen zerließen, als würde eine Bombe geworfen, und das riesige Tier zerfahret mit seiner mächtigen Stirn den eisernen Laternenpfiler am Hofe. Es taumelte, erhob sich aber noch und in irrsinnigem Lauf fuhr es aus dem Fabriktor auf den Ringplatz, von Schüssen bis zur Brücke verfolgt, wo sich der Koloch mit vollem Bewußtsein in den angeschwollenen Fluß stürzte. . . . Selbstmord eines todbenden Stieres! Solche Selbstmorde gab es schon viele, aber der arme Verurteilte ist auch imstande, seinen Fleischern den Bauch aufzuschneiden.

Die Schiffe hingenen sehen in langen Räden ohne Protest, und lassen sich in andächtiger Ruhe hinstreichen.

Wenn das Mindvieh einem Säuk oder Sieb erliegt: hebt Ihr schon das schwindende Leben in Menschen angesehen? Genau so ist es.

In einen anderen Massenschlachte:

Es ist merkwürdig, die Kuh des Schlachthausmeisters der schon an die Tausende gesötet hat) brach einen Fuß und mit unbeschreiblicher Trauer sagte er: „Heute gebe ich nicht in die Arbeit, ich möchte verückt werden, wenn ich sehen sollte, wie man unsere Schede schlachtet, die uns so gute Milch gegeben hat.“ — Aber was bedeutet eine Kuh für die Fabrik, in der täglich fünfzig, sechzigtausend Konserven expediert werden, in der die Maschinen täglich

Kilometer von Därmen mit gemahlene Fleisch zu Wurst füllen?

Heute depescherte die Konservenfabrik den zuständigen Militärämtern wie folgt: „Vormittag eine halbe Million Konserven ans Magazin des neunten Armeekorps gesandt. Letzter Wagon wird verladen.“

Der Text dieser Depesche erzählt von einer zwanzigtägigen Viehschlächtere bei täglich zwanzigtägigen Viehschlächtere bei täglich 20stündiger ununterbrochener Arbeitszeit. Infolge verschiedenartiger Interessen des Vaterlandes war es notwendig, die vielen Tausend runden und vieredigen Konservenbüchsen mit Gullasch und Rauchfleisch, bereitet aus den Leibern der geopfert Tiere, zu füllen — zur Erhaltung der nummerierten, in farbiges Tuch gehüllten Menschen in Schützengraben, an städtigen Drahtnetzen. . . .

Aber Gott ist gerecht und vergilt die blutigen Leiden der Schlachtbänke mit ungeheuren Dividenden. Darüber entscheidet die nächste Generalkonferenz der Aktionäre: Ich schließe denn es gibt noch eine höhere Macht: die Zensur.

Michael Mareš.

Zur Einäscherung des Genossen Professor Raudnig.

Die Mitglieder der politischen Organisationen Groß-Prags der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei versammelten sich am Montag um 1/3 Uhr nachm. vor dem Eingange in das Prager Krematorium (Station der Linien Nr. 10 und 11 der elektrischen Straßenbahn). Zusammenkünfte der Mitglieder der freien Vereinigung sozialistischer Akademiker und der übrigen Ordner ebendasselbst um 2 Uhr. Aus Anlaß des Hinscheidens des Gen. Prof. Raudnig u. zur Ehrung seines Andenkens langten bei unserer Verwaltung mehrfache Spenden ein, die der ausdrücklichen Widmung gemäß zur Hälfte dem Seligerfons zur Ausbildung von begabten Proletariern und zur Hälfte dem Raudnig-Fonds des Prager Vereines „Kinder-Ambulatorium“ zugeführt werden. Zur Ehrung des Andenkens Professor Raudnig spendeten: je 300 K: die Prager Bezirksvertretung der deutschen soz.-dem. Arbeiterpartei und der Klub der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Groß-Prags; je 100 K: Gen. Dr. Albin Bloch und Gen. Deutsch; je 50 K: Gen. Kienzel und Frau. Rogel, Groß, Köhler, Winteritz, Rief, Dr. Engel; je 20 K: Gen. Lahmer und Schönfelder.

Deutsche Gemeinden sollen Sololübungen bezahlen. Es wird uns berichtet: Der durch seine merkwürdige Amtsführung bekannte Bezirkshauptmann Dostal in Sternberg in Mähren hat der Gemeinde Andersdorf aufgetragen, den zur Bahnhofsverwaltung eintreffenden Solola Verpflegung und Unterkunft zu verschaffen. Daraus sind der Gemeinde Auslagen in der Höhe von 550 K erwachsen, auf deren Ersatz sie vergeblich wartet. Es ist selbstverständlich, daß das Kriegsleistungsgesetz zu Gunsten von Sololvereinen keine Anwendung finden kann. Der Bezirkshauptmann in Sternberg will also deutsche Gemeinden verpflichten, die Ausläge tschechischer Solola aus Gemeindegeldern zu decken. Es liegt ein geradezu unglaublicher Willkürakt vor.

Bestätigung der Promotion Gerhart Hauptmanns. Vom Unterrichts- und Kultusministerium wurde, wie das „Pravo Lidu“ meldet, der Beschluß des Professorenkollegiums der philosophischen Fakultät der Prager deutschen Universität bestätigt, daß dem Dichter Gerhart Hauptmann die Würde eines Ehrendoktors der Philosophie verliehen werde.

Der zweite Chodauer Raubmörder verhaftet. Am 16. Juli d. J. wurde, wie wir seinerzeit berichtet haben, nächst Chodau der Weckfasser Flaucher ermordet und einer Tasche mit größerem Inhalt beraubt. Als Täter wurden damals die Kommunisten Alfred Müller aus Deutschbrod und Hermann Nowak, zuletzt in Karlsbad wohnhaft, von der Bilsener Polizei sichergestellt. Derman wurde verhaftet und dem Kreisgericht in Eger eingeliefert, Müller wurde flüchtig. Nunmehr konnte, einer Mitteilung der Polizeidirektion in Halle zufolge, der siebentägig verfolgte Alfred Müller por einigen Tagen in Schweiger verhaftet werden. Müller wurde auch von der deutschen Behörde wegen Hochverrats gesucht. Er dürfte nach Abschluß der Verhandlungen dem Kreisgerichte in Eger überstellt werden.

Zentralverband der Angestellten in Handel, Industrie und Verkehr, Sitz Teplitz, Ortsgruppe Prag. Donnerstag, den 1. Dezember 1921, hält Kollege Dr. Strauß einen Vortrag über Betriebsauschüsse im Restaurant „Goldenes Kreuzel“, Refazanka. Beginn acht Uhr abends. Gäste willkommen.

Ein staatlicher Schacht bei Duz. Das Montanär beabsichtigt, in den Gemeindegebieten von Breschen und Langgest bei Duz eine neue Schachtanlage mit einem Kostenaufwand von 300 Millionen Kronen aufzuführen. Da die Verhandlungen mit den Eigentümern der

Grundstücke, auf denen die Anlage aufgeführt werden sollte, infolge der übertriebenen Forderungen zu keinem Resultate führten, suchte der Staat als Unternehmer um das Enteignungsverfahren an im Sinne der kaiserlichen Verordnung vom 16. Oktober 1914, die im Krieg erlassen wurde und auch heute noch wirksam ist, da sie bis jetzt nicht aufgehoben wurde.

Verurteilung eines Wiener Journalisten in Budapest. Der Budapestener Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“ wurde vom Polizeikommissariat in Budapest von Gefängnis von 15 Tagen und einer Geldstrafe von 2000 K verurteilt. Ferner wurde gegen ihn, da er Ausländer ist, das Internierungsverfahren eingeleitet. Die Verurteilung erfolgte wegen der Ueberrmittlung einer Meldung über die Umzingelung des Hotels Gerardis, wo Dejas sein Hauptquartier hat, durch das Korps des Generals Soos und über die Verhaftung unverantwortlicher Elemente im Hotel. Diese Nachricht setzte angeblich, wenn dies noch möglich ist, den ungarischen Staat im Ausland berab.

Deutschnationalen und deutsche Landwirte als Schützer der tschechischen Republik. Montan, den 21. November fand vor dem Kreisgericht in Königgrätz die Hauptverhandlung gegen den Genossen Remigius Leiter aus Frankfurt wegen Vergehens gegen § 305, St.-G. St. Die Anklageschrift, die auf Grund der Anzeigen eines Karl Walle, Tierarzt, Josef Berlopf, Oberpostmeister und Vertrauensmann des Bundes der Landwirte und des Handlungsgehilfen Josef Vogel zusammengestellt wurde, warf Leiter unter anderem das Kapitalverbrechen vor, daß er in einer Grulicher Versammlung den jetzigen Staat als schlecht und die sozialistische Staatsform als richtig bezeichnet habe. Die drei Sozialistenfeinde haben sich sicherlich vorgestellt, daß auf ihre so schwer belastende Angebereien hin, Leiter verurteilt werden würde. Sie zogen aber enttäuscht ab, als es Genossen Leiter gelang, die Angebereien der Deutschnationalen und Landwirte als das hinzustellen, was sie in Wirklichkeit sind, als blohe Denunziationen politischer Feinde, die sich jedes Mittels strupellos bedienen um ihrem Gegner zu schaden.

Gegen die Beschloßnahme des Landkroner Kindergartens brachten die Abgeordneten Schöfer, Deutsch, Cermal und Genossen eine Interpellation beim Minister für Unterricht und Volkskultur ein, das die Verutung abgelehnt und die Beschloßnahme bestätigt hat. Daraus wurden die Kindergartenträume gewaltig ausgedehnt. Gegen diesen brutalen Gewaltakt protestierte die Bevölkerung von Landkron in einer großen Demonstration. Die Arbeiterschaft zog aus den Betrieben geschlossen vor die politische Bezirksverwaltung und forderte dort die Rückgabe der beschlagnahmten Räume des städtischen Kindergartens. Hervorgehoben ist, daß der Kindergarten in Landkron eine Humanitätsanstalt ist, die bisher von Kindern beider Nationen besucht wurde. Durch den Gewaltakt ist der Bestand der Anstalt bedroht. Eine Abordnung, die bei der politischen Bezirksverwaltung in Landkron versprach, erreichte nur, daß bis zur neuerlichen Entscheidung durch das Ministerium für Unterricht und Volkskultur die Benutzung der Räume sowohl für die Zwecke des städtischen Kindergartens als auch der tschechischen Minoritätsschule sistiert wurde. Die Interpellanten fragen nun, ob der Minister für Unterricht und Volkskultur bereit ist, die Beschloßnahme des Kindergartens aufzuheben, damit nicht wieder kulturelle Einrichtungen der deutschen Staatsbürger zum Vorteil tschechischer Einrichtungen vernichtet und die verfassungsmäßige Gleichstellung aller Staatsbürger illusorisch gemacht wird.

Gesundheitsschutz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Im Ministerium für Gesundheitswesen wurde dieser Tage die Ausarbeitung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten abgeschlossen. Der Entwurf wird in der nächsten Zeit der Nationalversammlung vorgelegt werden. Das Gesetz eröffnet den Kampf gegen sämtliche Geschlechtskrankheiten und bestimmt u. a.: Jeder Geschlechtskranke, der eine andere Person infizieren kann, ist verpflichtet, sich von einem Arzt behandeln zu lassen. Bei Mittellosigkeit auf Staatskosten. Wer beschuldigt wird, gegen diese Pflicht verstoßen zu haben, muß sich bei begründetem Verdacht, geschlechtskrank zu sein, von amts wegen einer ärztlichen Untersuchung unterziehen. Der Kranke kann in ein Heilanstalt abgegeben werden, doch muß sein guter Ruf gewahrt bleiben. Die gewerbmäßige Ausübung der Prostitution ist nicht strafbar, die Frauen den Häuser werden jedoch aufgesperrt. Verwahrloste Personen unter 18 Jahren werden unter behördliche Aufsicht gestellt. Für die Uebertretung des Gesetzes sind schwere Geld-, bzw. Freiheitsstrafen vorgesehen.

Ein bestelltes Ehrenwort an die reichsdeutsche Justiz. Vor einigen Tagen ist in Hamburg der Oberleutnant Boldt, der als U-Boot-Kommandant während des Krieges ungewarnt ein englisches Lazarettsschiff versenkt hatte und

vor dem Reichsgericht zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden war, aus dem Gefängnis entflohen. Er hatte dem Gefängnisdirektor das „Ehrenwort“ gegeben, nicht zu fliehen und dieserhalb große Erleichterungen im Strafmaß bekommen, durch die ihm dann die Flucht ermöglicht wurde. Nun bringt über diese Vorgehensweise die Münchener „Augsburger Abendzeitung“, deren Chefredakteur der Oberleutnant Gottlieb Traub ist, auf Grund „zuverlässiger Informationen“ folgende Erklärung über das „Ehrenwort“ des Menschenjägers und Oberleutnant Boldt:

Die Behauptung, Boldt sei unter Druck des Ehrenwortes entflohen, sei nicht zutreffend. Er habe allerdings dem Gefängnisdirektor ehrenwörtlich zugesagt, nicht zu entfliehen, aber nur auf die Dauer eines Vierteljahres. Diese Frist sei am 15. November abgelaufen gewesen und Boldt habe dem Gefängnisdirektor noch besonders auf diesen Umstand hingewiesen. Es könne daher keine Rede davon sein, daß Boldt sich einen Vorwurf habe zuschulden kommen lassen.

Wenn diese Darstellung den Tatsachen entspricht — und die Art, wie insbesondere Offiziere und andere Reaktionäre vor deutschen Gerichten behandelt werden, läßt kaum einen Zweifel darüber zu —, dann ist hier wieder einmal eine jener Komödien aufgeführt worden, die die deutsche Justiz zum Gelächter und Gespött der ganzen Welt macht. Die Kappisten schreiben aus ihren sicheren Verstecken an das oberste Gericht des Reiches Briefe, in denen sie Bedingungen aufstellen, unter denen sie gewillfährten geneigt sind, sich freiwillig zu stellen. Das oberste Gericht geht auf diese Bedingungen ein und läßt sich dann hinterdrein eine Nase drehen. Ein U-Boot-Kommandant, der heimtückisch eine große Anzahl Menschenleben vernichtet hat und dafür eine lächerlich geringe Strafe erhält, bekommt wesentliche Straferleichterungen, gibt als Gegenleistung dafür ein sogenanntes Ehrenwort ab, das aber, wie er ausdrücklich versichert, nur „für eine bestimmte Frist“ gelten darf, und schießt dann, nachdem er vorher den Gefängnisdirektor darauf aufmerksam gemacht hat, daß die „Frist“ des Ehrenwortes abgelaufen sei.

Verleumdungsblätter. In der kommunistischen Aussen „Internationale“ stand über den Genossen Senator Josef Barth in Saaz eine Schimpfnotiz, in der unter anderem der schöne Satz stand, daß Barth „die Arbeiter seit dreißig Jahren betrüge“, u. a. m. Genosse Barth wollte dem kommunistischen Blatte Gelegenheit geben, in aller Öffentlichkeit die Behauptung zu beweisen und brachte gegen den Redakteur der „Internationale“ Herrn Rudolf Wünsch, die Ehrenbeleidigungsklage ein. Doch der mutige Wünsch, der nun Gelegenheit gehabt hätte, im hellen Lichte des Schwurgerichtssaales einen der „Bongen“ des „Arbeiterverraters“ zu überführen, gab, als er bei Gericht einvernommen wurde, folgendes zu Protokoll: „Ich weiß nicht, wer den inkriminierten Artikel geschrieben und zum Druck gebracht hat. Auf welche Weise er in die Zeitung gekommen ist, kann ich nicht sagen.“ Herrn Wünsch fehlt natürlich jede Möglichkeit, den Wahrheitsbeweis anzutreten, dennoch hat er gewissenlos die Ehre eines altbewährten sozialdemokratischen Parteigenossen beschützt. — Genau so, wie Wünsch sich in dem Falle, da er seine Verleumdungen beweisen sollte, auf die Veräumnung der pflichtgemäßen Obfolge zurückzog, so machte es auch der Kommunist Schiff, der das in Warnsdorf erscheinende kommunistische „Volkblatt“ verantwortlich zeichnet. In diesem Blatte wurde über den Genossen Senator Hengst erzählt, er habe „einen Arbeiter denunziert“. Die Wahrheit ist, daß Genosse Hengst mit dem Arbeiter, auf den sich Schiff dabei berief, überhaupt nicht gesprochen hat. Dann hatte das „Volkblatt“ auch über den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher von Niedergründ, Genossen Ruzschner, verschiedenes Ehrenwürdiges erzählt. Als Schiff gefaßt wurde, da wollte er auch nichts davon wissen, wie der Artikel in die Zeitung gekommen ist und so mußte auch gegen ihn nur wegen Veräumnung der pflichtgemäßen Obfolge die Klage erhoben werden. Die Verwandtschaft der kommunistischen Redakteure mit jenen der deutschgelben Blätter wird auch in dieser Beziehung immer sichtbar: erst verleumdend und dann aussteifen!

Ganz ungläubliche, skandalöse Zustände bei dem Infanterieregiment Nr. 23 in Breßburg behandelt eine Interpellation der Abgeordneten Adolf Pohl, Hans Joffl, Hannu Wlatny und Genossen an den Minister für nationale Verteidigung. Bei diesem Regiment fehlt die primitivste Fürsorge für das Leben und die Gesundheit der Mannschaft. Die Verpflegung ist nicht nur absolut ungenügend, sie ist auch sehr schlecht. Die Mannschaft hungert buchstäblich. Die Unterkunft befindet sich in der Donaukarade und in der Realschule. Die Mannschaft in ungeheizten Räumen, hat Strohsäcke, die fast kein Stroh enthalten, teilweise haben sie auch

keine Decken. Wo solche vorhanden sind, starren sie vor Schmutz. Schmutz ist das Einzige, woran kein Mangel vorhanden ist. Die hygienischen Zustände spotten daher jeder Beschreibung. Waschgelegenheiten sind keine vorhanden. Wiederholt wurden von diversen militärischen Würdenträgern Inspektionen bei diesem Regiment durchgeführt, doch noch niemals hat es ein Inspezierender der Mähe wert gefunden, die Verpflegung und Unterbringung der Mannschaft zu kontrollieren, geschweige denn diese Uebelstände abzustellen. Die Interpellanten fragen den Minister, ob er geneigt ist, sofort anzuordnen, daß die beschriebenen Uebelstände abgestellt werden und die Mannschaft menschenwürdig untergebracht und ordentlich verpflegt wird.

Einstellung des Strafverfahrens gegen Steuerdemonstranten. Wie die „Nar. Pol.“ mitteilt, wurde die strafgerichtliche Untersuchung wegen der am 7. Juli d. J. in Wien vorgefallenen Steuerdemonstrationen nunmehr eingestellt.

Die armen Bierbroner! Das Hochblatt „Kraus“ beklagt das Sinken des Bierablasses im November. Eine Ausnahme bilden nur einige Brauereien in den Hauptstädten. Als Grund werden in erster Reihe die Abstinenzbewegung und die Entwöhnung vom Bier angeführt.

Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei in Brüssel. Anlässlich des Brüsseler Straßenbahnerstreiks kam es Donnerstag zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei mehrere Personen, darunter fünf Polizisten, verwundet wurden. Die Anständlichen griffen die Streikenden an und zertrümmerten die Scheiben. Das sozialistische Syndikat wird heute Beschluß über einen etwaigen Generalstreik fassen.

Die Militärjustiz rükt weiter. Die Berichte über eine angebliche Amnestie der Nichteingesetzten sind, wie „Nar. Politika“ meldet, gegenstandslos. Natürlich würde es sich um eine Amnestie, nicht um eine Amnestie handeln, da von einer Amnestie nur die Rede sein kann, wenn die Strafe schon ausgesprochen worden ist. Das Blatt will Informationen besitzen, nach denen die Nichteingesetzten sehr streng bestraft werden sollen und daß zur Bewältigung des Materials bereits eine Reihe von Justiz-Offizieren der Reserve einberufen worden sei. Die Gendarmerie habe auch schon viele Verhaftungen, namentlich derjenigen vorgenommen, die sich der Dienstleistung durch Flucht über die Grenze entzogen haben und dann wieder zurückkehrt sind. — Trotz der alarmierenden Meldung des Heberblattes hoffen wir, daß die Worte unserer Volkserretter, die Mähigung forderten, nicht in die Luft gestochen sind. Der Staat steht nicht gar so fest, als daß er sich wieder Tausende neuer Feinde schaffen könnte. Nichts Unsinngerees wäre es, als das alte Oesterreich auch im Wüten der Militärgerichte wieder erstehen zu lassen.

Neue Organisation. In einer Versammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute in Wien wurde die Gründung einer Fachgruppe der dem Verbaude angehörigen Wurstverläufer beschlossen.

Töblicher Unfall. Gestern nachmittags reinigte die Hausmutterin Agnes Dusel in der Krallsper Mineralstrasserie, Subergasse, den Aufzug. Plötzlich fiel der Fahrstuhl, der sich oben befunden hatte, auf sie herab, drückte sie zu Boden und erstickte sie. Die Ursache des Unfalls ist unauflösbar. Der Aufzug wurde amtlich vertrieben und darf vor Anwendung der amtlichen Erhebungen nicht benutzt werden.

Kleine Chronik.

Internationale Ausstellung für dekorative Kunst in Paris. Die internationale Ausstellung für dekorative Kunst, die vom Mai bis Oktober 1924 stattfinden soll, dieselben Räume einnehmen, wie die Kolonialausstellung, die nach ihr abgehalten werden wird, nämlich die Eplande des Anwaltes, Marsfeld, Trocadero und das Grand Palais. Ausstellungsgegenstände von besonderem Umfang sollen im Bois de Vincennes gezeigt werden.

Ein furchtbarer Vater. In Breßburg wurde der vierzigjährige Josef Wesselski, der in Anwesenheit seiner Frau ein unermessenes, kränkliches Töchterchen vergewaltigt und angestekt hatte, zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Kind schwieg lange aus Furcht vor Rächtigung seines Vaters, mußte aber, als es Schmerzen hatte, alles bekennen. Der rohe Vater wurde bei seiner Verleiden in Göding verhaftet.

Ein grauenhafter Frauenmord aufgedeckt. In überraschend kurzer Zeit ist es gelungen, den grauenhaften Wiener Frauenmord, dessen Opfer am 19. ds. von der Donau ans Land gespült wurde, aufzuklären. Der Mörder ist der frühere Stenist der Verkehrsbank Engelbert Gajestiner. Sein Opfer ist die 74jährige Franziska Wagner, die seit 18 Jahren einen Obst- und Gemüsehändler betrieb.

Geisteskrankheit und Alkohol. Um den Einfluß des Alkohols auf die Geisteskrankheiten festzustellen, hat die französische Statistik Erhebungen angestellt, welcher Prozentsatz der Geisteskrankheiten auf Alkohol zurückzuführen sei. Es ergab sich, daß der Einfluß des Alkohols auf die Geisteskrankheiten sehr stark ist. Für die Bezirke mit dem stärksten Alkoholverbrauch wurde ein Prozentsatz von 20 bis 48 Prozent festgestellt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Zuteilung von Saatgut. Das Ministerium für Volksversorgung hat nachstehenden Erlaß herausgegeben: Damit der wirklich unentbehrliche Saatgutbedarf der vom Hagelschlag oder Elementar Katastrophen betroffenen Landwirte rechtzeitig gedeckt werden kann, gibt das Ministerium für Volksversorgung seine Zustimmung dazu, daß zur Zuweisung solchen Saatgutes Getreide (Weizen und Roggen) das auf Rechnung der pflichtigen Getreideablieferungen angekauft worden ist, verwendet wird. Ein Anspruch auf solche Zuweisungen kann jedoch ausschließlich nur in jenen Fällen zugelassen werden, wo Landwirte von Hagelschlag oder Elementarereignissen in solchem Maße heimgesucht worden sind, daß sie ohne Zuweisung außerstande sind, den Saatgutbedarf aus eigener Ernte zu decken und außerdem nicht genügend Mittel haben, um sich das Saatgut, das im freien Handel zu kaufen ist, ohne staatliche Hilfe selbst zu beschaffen. Für die Zuweisung solchen Saatgutes wird folgender Vorgang vorgeschrieben: Die Landwirte, die unter den früher erwähnten Voraussetzungen Anspruch auf Saatgutzuweisungen erheben, haben ihren Bedarf bei der zuständigen politischen Bezirksverwaltung anzugeben. Die Nichtigkeit der in dem Gesuche um Saatgut angeführten Voraussetzungen muß von dem zuständigen Gemeindeamte mit dem ausdrücklichen Beifügen, daß das Ansuchen begründet und die Anforderung auf das Mindestmaß beschränkt ist, bestätigt werden. Die politische Bezirksverwaltung sendet die vorgelegten Gesuche nach Prüfung ihrer Nichtigkeit mit einem Antrage an die politische Landesverwaltung (Landesversorgungskommission), die das Saatgut durch Vermittlung der Einkaufsorganisationen zuteilt, die im Jahre 1920/21 mit der Verteilung des Saatgutes betraut waren. Der Zuteilungspreis für Getreide ist derselbe wie bei Getreide für die Konsumenten, das ist für Weizen und Roggen K 213.25. Als Saatgut werden Roggen und Weizen zugewiesen, die auf Rechnung der Pflichtabgabe abgeliefert worden sind. Wenn ein Landwirt das ihm aus der Zwangsabgabe zuteilte Notlandesaatgut nicht übernehmen will, so ist die mit der Verteilung des Saatgutes betraute Einkaufsorganisation berechtigt, es mit Genehmigung der politischen Landesverwaltung (des Landeswirtschaftsamtes) gegen Zahlung des vorgeschriebenen Zuschlages gegen veredeltes Saatgut umzutauschen.

Ein Plan zur Sanierung der österreichischen Wälder. Die „Wälder Nachrichten“ bringen ein Interview mit dem österreichischen Finanzminister Dr. Gurtler, betreffend die staatswirtschaftliche und finanzpolitische Zukunft der Republik Oesterreich. Er führt aus, daß nach der Einstellung der Staatsschulden auf Nahrungsmittel vom Jänner 1922 ab ein Defizitposten von 83 Milliarden aus dem österreichischen Budget verschwinden wird. Er hebt die Nachteile der Tatsache hervor, daß Deutschland, welches seine Reparationszahlungen in guter Wälder leisten muß, seine Kronenforderungen in Oesterreich zum Ankauf fremder Devisen auf dem Wiener Markt benötigt. Hierdurch trägt es in erheblicher Weise zur weiteren Entwertung der österreichischen Krone bei. Um dieser vorzubeugen, schlägt der Finanzminister folgendes vor: Oesterreich könnte, die Zustimmung Frankreichs vorausgesetzt, den besten österreichischen Exportgegenstand, Holz, nach Frankreich exportieren, wo dieses österreichische Holz Deutschland auf das Reparationskonto gutgeschrieben würde. Deutschland könnte dagegen dieses Holz Oesterreich mit Lieferungen von Kohle und Rohstoffen bezahlen. Hierdurch würde sich die Situation der österreichischen Krone erheblich bessern. Der Minister sprach schließlich die Ansicht aus, daß die Internationale Spekulation, welche den rapiden Sturz der österreichischen Krone herbeigeführt hat, bald ein blutiges Lehrgeld zahlen werde.

Der Konflikt in der Textilindustrie. Das tschechische Werkbüro meldet: Heute um 10 Uhr sind im Arbeitgeberbüro des Industriellenverbandes die Vertreter der Textilarbeiter mit Vertretern der Arbeitgeber zu einer Besprechung zusammengetreten. Der Chef der Arbeitgeberbüros Dr. Verunac erklärte, daß die Plenarversammlung nach sorgfältiger Ermägung aller Eventualitäten in geheimer Abstimmung beschlossen habe, unter den gegebenen Verhältnissen die Grenze der Letzthin der Arbeiterschaft angebotenen Beträge nicht zu überschreiten, daß sie aber ihre Einwilligung dazu erteilt habe, daß allen Lohnarbeitern, sofern die Grundlöhne bei den Männern Kc 1.90 und bei den Frauen Kc 1.60 übersteigen, ein höherer Betrag ausbezahlt werde, ferner, daß den nach dem 15. Oktober eingetretenen Arbeitern ein aliquoter Teil konzediert wird. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen Dvorak (Sozialdem.) und Hofmann (tschl. Sozialist) erklärten, daß sie diese Antwort dem Plenum

der Vertrauensmänner vorlegen und dann schriftlich ihren Standpunkt mitteilen werden, daß sie sich aber nicht für kompetent halten, das Anbot anzunehmen, sondern die Arbeiterchaft selbst entscheiden solle.

Die Krise im Bergbau. Wie wir erfahren, werden Montag die Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Unternehmern im Ministerium für öffentliche Arbeiten neuerlich aufgenommen.

Gründung eines Verbandes der Buchdrucker in der Tschechoslowakischen Republik. Sonntag, den 20. November 1921, hielten die Vertreter der vier Buchdruckervereine, und zwar von Böhmen, Mähren, Schlesien und der Slowakei in Prag eine Sitzung ab, welche sich mit der Gründung eines einheitslichen Buchdruckerverbandes befaßte.

Aus der Partei.

Volksorganisation Prag II. Montag, den 28. d. M., 8 Uhr abends Versammlung im Restaurant „U Rohlu“, Prafaugasse 9. Volksorganisation Weinberge. Dienstag, den 29. d. M., 8 Uhr abends Versammlung im Restaurant Dummerle, Rumomanstraße 49. Volksorganisation Prag VII. Die nächsten Versammlungen finden Dienstag, den 29. November und Dienstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr im Lokale „U Akademie“ statt.

Kunst und Wissen.

Kota Kabanova. Im tschechischen Nationaltheater in Brno ist die Uraufführung von Leoš Janáčeks neuer Oper „Kota Kabanova“ statt. Das Textbuch schrieb sich der Komponist nach dem realistischen Drama des Russen Ostrowski in der Uebersetzung von Cervinka selbst. Ihn reizte aber mehr das traurige Schicksal dieser von schrecklichen Ahnungen verorteten, wie willenlos ihrem Unglück zu-

treibenden Kaufmannsrau: von ihrem weichen Geschlecht geliebt, von ihrer harten Schwiegermutter gehaßt, findet sie sich in Liebe zu dem jungen Boris, der sich gleich schicksalhaft zu ihr hingezogen fühlt, und führt ihre Selbstvergessenheit in den Fluten der Wogaa. Janacek skizziert diese laune nennenswerte Handlung in sechs andeutenden Romanzopietten und steuert als weitaus wertvolleren Teil der Oper seine Musik bei, die auch allem eigentlich Dramatischen anspricht und nur auf seine Seelenmalerei, auf seine Stimmungskunst eingestellt ist. Sein Orchester ist symphonisch behandelt, durchaus modern, schwebt in tausend feinen Einzelheiten von großer lyrischer Schönheit und zartester Weichheit, ohne die große Linie zu verlieren. Jeder Satz zeigt den sicheren Rhythmus, den gewiegten Orchesterleiter.

Mittlerer sagt er diesem lyrischen Gewebe Volksliedmäßiges ein und wird dann kraftvoll, bodenständig und heiter beidnigat. Seine feine Instrumentation weidet allzugroße Diffonanz, Angst und Angst namentlich in den weichen, oft melancholischen Streichern und ist rhythmisch ebenso interessant als schwierig. Unter der strengen, zielstrebigen Leitung des energischen, stets musikalisch sauberen Oberndirers Franz Reumann kam es zu einer wohl vorbereiteten Ausführung. Frau Vesela zeigte in der Titelrolle wieder ihren hellen, sicher geführten Sopran und ihr ausdrucksvolles Spiel, Herr Ravecl seinen schlanken lyrischen Tenor. Die Bühnenbilder waren stillvoll, zeichnerisch sehr fein, die vielen Veränderungen vollzogen sich rasch und reibungslos. Die Kulisnahme war überaus freundlich, der Beifall unermüdetlich; Janacek und alle seine Vermittler und Helfer wurden immer wieder gerufen. Ob der Erfolg ein bleibender sein wird, muß erst die Zeit erweisen. Dr. G. G.

Neues deutsches Theater. Heute nachmittags halb 3 Uhr „Letter aus Dingsda“, abends 7 Uhr Gastspiel Sonden „Madame Butterfly“, Montag „Tanzarasin“, Dienstag, halb 8 Uhr abends Gastspiel Thaller „Erde“, Mittwoch, Gastspiel Sonden „Rubla, Carmen“, Donnerstag „Marquis von Reith“, Freitag, halb 8 Uhr abends Thaller-Gastspiel „Erde“, Samstag, halb 8 Uhr abends Gastspiel Sonden „Elektra“, 10 Uhr abends „Simulation“, „Hausgehilfin“, „Cabarett“. Sonntag abends Gastspiel Rubla „Hoffmann's Erzählungen“, Montag „Elektra“, Gastspiel Sonden.

VIII. vollständiges Sonntagskonzert. Heute 14. Produktensborie. Gastspiel des Wiener Schönbergvereins. Aus-

führende: R. Kolisch, Violine, C. Steuerman, Klavier. Einleitende Worte: Dr. S. Jaflovec. Das Publikum wird gebeten Aushörungen des Beifalls oder Mißfallens zu unterlassen. Karten von 2-12 und Steuer bei der Konzertkassa.

Moral, Religion, Schule. Das sind die Grundgedanken des Vortrages Univ. Prof. Dr. Barth - Leipzig: „Die Idee des Moralunterrichtes im Lichte der Entwicklung des europäischen Geistes.“ Morgen, Montag, den 28. 1/8 Uhr abends in der „Urania“. Karten 6-3 Kr. Urania-Konzert.

Sozialökonomie der Kunst. Vortrag R. A. Wittfogel (Leipzig). Mittwoch, den 30. November 8 Uhr im gr. Uraniasaale. Das in Prag noch nicht besprochene Thema wird ein neues Licht auf die Entwicklung der Kunstströmungen und ihrer Bedeutung werfen und manchem Zuhörer die Grundlaage seines künstlerischen Denkens erst zum Bewußtsein bringen. Karten von 2-10 Kr. bei Zepfker Deutsch, Weisler und Urania. (Freie Vereinigung soz. Mad.)

Turnen und Sport.

Bürgerlicher und Arbeiter-Sport. Unter diesem Titel bringt die Prager „Bohemia“ vom 25. d. ein kurzes Aagebild über die angebliche Vergewaltigung aller Sportvereine, welche dem Verbands der Arbeiter-Sportvereine nicht angehören. Unsere österreichischen Sportgenossen, die das Bestreben haben, das bestehende System wirklich so auszubauen, daß ihm die kulturelle Bedeutung nicht abgesprochen werden darf, können natürlich bei den Bürgerlichen kein Verständnis finden. Mit dem Schlagwort „Entrechtet“ wollen nun einige um ihren Profit besorgte Kapazitäten wieder eine Vereinigung anfrichten, die dem Geschäftsport Tür und Tor öffnen soll. Auch versuchen sie sich einzureden, daß S. A. S. die Vereine zu parteipolitischen Zwecken mißbrauchen will. Sie erklären den Sport für „international“ und propagieren zugleich andererseits den „nationalen“ Sport, den angeblich die „Noten“ vernichten wollen. Nun unter ihren Anhängern mögen sie ja mit ihrem Getrausch und Geklingel Erfolg haben, ihr Erziehungswesen hat ja schon oft seine Echtheit dokumentiert, die denkenden Arbeitersportler werden ihnen schon die richtige Antwort geben. - Bezeichnend ist, daß sich die bürgerliche Presse sofort einer derartigen Sache annimmt und damit nur von Neuem beweist, daß ihr der Sport eben auch nur ein Geschäft ist.

Die Arbeitervereine der D. F. G. unterlag gestern gegen die Lid Boys Union, Zizkov

mit 1:3 Toren. Halbzeit 0:0. Die 3 Goals wurden von den Gästen innerhalb 10 Minuten erzielt.

Heutige Wettspiele: in Prag: D. F. G. a. Union Zizkov (halb 3 Uhr abends), A. C. Sparta gegen Teplitzer F. R. (Sportplatz), Slavia a. Viktoria (Slaviaplatz) Pokalnachspiel, Vorsklafrunde, Sargibor a. Ceske, Karolinenthal (halb 11 Uhr abends), D. F. G. II. a. Union, Zizkov Reserve (10 Uhr abends), C. A. G. a. Viktoria, Viktoria (in Brno), C. A. G. a. Slavia Zizkov (in Zizkov), Sparta, Rostok a. Ruzicko S. R. (in Ruzicko), Radlick a. Slachow (in Slachow), Viktoria Ruske a. Ceske, Smichov, Sparta, Weinberge a. C. A. Ruske, in Teplitz: D. F. G. a. Turner S. R. in Madno: Sparta, Madno a. Slavoj, in Wien: Rapid a. Hertha, Hakoah a. Amateure.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauch. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Solide Optik. Ausführung ärztl. Rezepte. M. DEUTSCH 280. Optiker u. Mechaniker, Prag I., Graben 25. (Kleiner Bazar.)

„Atlantis“. „Bio Sanssouci“, der dem gleichnamigen Roman von Pierre Benoit nachgebildete Film „Atlantis“ darf in der Tat sowohl in stofflicher Hinsicht, wie in seiner ganzen technischen und künstlerischen Durchführung als ein Weltfilm angesehen werden. Die erste Epoche, welche diese Woche im Bio „Sanssouci“ läuft, spielt in der Wüste Sahara, in Algerien und im Sudan und bietet Bilder, die von geradezu zauberhafter Wirkung sind. Die 5 Vorstellungen. Kartenverkauf bei Truhlar („Moruna“ und „Rost“) und an der Biokassa. 377

Heute halb 3 Uhr Nachmittag 379

D.F.G. - Union Žizkov. 1 Uhr Vorspiel beider Vereine.

BERSON GUMMIABSATZE BILIGER ALS JEDER

Amerikanische „DALTON“ Addiermaschinen Rechenmaschinen BRUNSVIGA „MERCEDES“ Amerikanische ho „MONARCH“-SCHREIBMASCHINEN Vervielfältigungsapparate SCHAPIROGRAPH in, Farbbänder und Karbonpapier „Courant“-Spitzmaschinen: Verlangen Sie Prospekt „A“ L. U. G. Halphen, Prag Mikulášská 22. Telefon 2342. Filiale: Wien VI., Kottlergasse 6. Reparatur aller Bureaumaschinen. 344

Brüder Tauber Weingrosshändler Weingutsbesitzer Prag-Wysočan.

Kurze PELZE von Kč 728 Stadt PELZE von Kč 3900. Reise- und Chauffeur- von Kč 3900. Leder PELZE von Kč 1680. LEDER Rücken von Kč 1125, Hosen von Kč 640. LEDER Automobilen von Kč 2500. LEDER Chauffeurhandschuhe von Kč 150. LEDER Kappen, Gamaschen, Kinderanzüge, Hosen, Koffer, Reisesachen. PELZ Hosen für Flieger Kč 250. Konfektionshaus Sigmund Stránský, Prag, Hybernská. Alte Preise! Alte Preise! Die 2% Umsatzsteuer trägt die Firma selbst. 336

Siegmond Deutsch, Plestany, Wilsonstr. 25. offeriert Speisekartoffel, Linsen, Bohnen, Erbsen, rumänischen Hafer, Nüsse, Zwiebeln, Knofel. Qualität garantiert bis Käufers Endstation. Anfragen auf kleine Posten werden nicht beantwortet, nur Waggonware. 361 Jede Sendung geht transito.

Drucksorten aller Art, modernst ausgeführt liefert raschest die Druckerei der TRIBUNA A.-G. Prag II., Karlovo nám. 15. Telefon 3090. Voranschläge gratis. Telefon 3090. 147

Grosse Weihnachtsoffkassion im ältesten und grösstassortierten Seidenhaus Ephraim Löbl Prag, Graben I. 320

Herren- und Kinderanzüge Billigste u. grösste Einkaufsquelle! Raglane, Mikado, Winterrücke, Pelze, Stoffgewänder und Arbeiter-Anzüge auch Hosen offeriert nur der Erste Arbeiterbekleidungs-genossenschaft aus Prossnitz. Hauptlager: Prag I., Mikulášská 23. 320

Beachtet unsere Inserate!

Am 22. November wurde unser hochgeschätzter Parteigenosse

Prof. Dr. R. W. Raudnitz

Mitglied des Stadtrates und der Stadtvertretung Prags uns durch den Tod entzissen.

Die Einäscherung findet am Montag, den 28. November, um halb 4 Uhr nachm. im Prager Krematorium (Wolschan) statt. Sein edles, aufopferungsvolles Wirken als Mensch und Arzt, sein mannhafter und jugendfrischer, unermüdlicher Kampf für alle Schwachen und Ausgebeuteten, sichert ihm ein freies dankbares Andenken bei allen Mitbürgern und insbesondere bei allen Parteigenossen.

Deutsche sozialdemokratische
Bezirksorganisation Prag.

Klub der deutschen sozialdemokratischen
Gemeindevertreter Gross-Prags.

Prag, den 27. November 1921.

BESTE EINKAUFQUELLE FÜR KONSUMVEREINE.

GRÖSSTE AUSWAHL

in DAMAST-TISCHGARNITUREN,
KAFFEE-GARNITUREN, TASCHEN-
TÜCHERN, bis zur feinsten Aus-
führung.

376

WEREREI UND TEXTILWAREN EN GROS
BALDOWSKY, BREITLER & Co.,
TELEFON 676. PRAG, Celetná 3. TELEFON 676,
ZWEITES HAUS VOM ALTSTÄDTER RING.

PRESSHEFE UND SPIRITUSFABRIK

Hamburger & Co., Ges. m. b. H.,

FREUDENTHAL, Versandstelle PRAG 619-I. 188
bedient im Auftrage der Grosseinkaufsgesellschaft
die Konsumvereine mit bester u. billigster Presshefe.

VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS
AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN

MAISON LOUVRE PRAG, NARODNI TRIDA 20

STETER FINGANG TELEFON: ERSTKLASS. SCHNITT
VON NEUHEITEN 7863-4648 UND VERARBEITUNG

142



KOHLE-KOKS

In plombierten Säcken
Svoboda & Finais
PRAHA, Jungmannova 3.
Telephon 553-5514. 333

Mehlwürmer

per Schock 2 K \check{c} liefert
nur per Nachnahme nicht
unter 10 Schock Josef
Hampel in Neusattl
531, b. Elbogen. 242

Ihr Interesse verlangt es, dass Sie sich
meine interessanten u. lehrreichen Broschü-
ren kommen lassen. Dieselben enthalten eine
reichhaltige Auswahl hyg. kosmetischer Ar-
tikel, sowie wichtiger Gebrauchsartikel für
jeden Haushalt. Versandt vollkommen diskret ge-
gen Einsendung von K \check{c} 2., in bar. Versandge-
schäft Josef Stöhr, Weisskirch 12 bei Jägerndorf,
Schlesien. 321

S. Recht, Teplitz-Schönau

Eisengrosshandlung und Eisenwarenzeugung liefert:
sämtliche Haus- und Küchengeräte, Blech-
email-Aluminium- und Gussgeschirr, land-
wirtschaftliche Geräte, Vorhangschlösser, verzink-
te u. andere Werkzeuge aller Art zu konk-
urrenzlosen Preisen. Lieferant der bedeutend-
sten Konsumvereine. 365

**Bürsten,
Pinsel und
Reisbesen**
250

liefern in garantiert
bester Qualität
Brüder Zappner,
Prag, Mikulasska 24.
Fabrik: Wrschowitz 666.

Christbaumschmück

(für Händler, aus Glas, Schmelz
usw., nur Neuheiten, direkt vom
Erzeugungsort, daher billigste
Preise, liefert in Musterpaketen
von 100 Kronen aufwärts gegen
Nachnahme 319
Richard Werner, Schlag
Nr. 71 III, bei Gablonz a. N.

**Piering-
Sekt und Essig**
Ist der Beste!

zu haben in allen
Konsum-Vereinen. 47

Übersetzungen

in alle Sprachen, rasch,
zuverlässig, preiswert

**The International
Spectator, Prag II.,**
69 Panská 9.

National u. Praga

KONTROLL- KASSEN

von K \check{c} 950.—
mit Fabrikgarantie

Rekonstruktionen
Umbau 312
Reparaturen
Vernickelungen
Repar. Abonnement

zu den billigsten Preisen
im Fachgeschäft:

**Kontroll-
Kassen**
G.m.b.H.,
Prag I., Rybná ul. 20.

TATRA

Automobile der Nesseldorfer Wagenbau- Fabriks-A.G. in Nessels- dorf in MAHREN

4-tönige Lastautos mit und ohne An-
hänger 214
4-tönige Lastautos mit Spezialkaros-
serie für Brottransporte.
Bei zahlreichen Arbeiter-Konsum-
vereinen mit bestem Erfolge im Betriebe.
Verkaufsbureau in Prag: Smichov, Nábř.
Lesní 28.



Gegen 10 K \check{c} auf Raten
liefern wir Violinen, Man-
dolinen, Gitarren,
Grammophone, Platten
und alle anderen Musikinstru-
mente, sowie auch deren Zu-
behöre, wie Saiten usw.
Grammophone-Markt-146
Compal Brunn, Freiheitsplatz 9
Preisliste bei Angabe des ge-
wünschten Musikinstr. gratis.

ZITRONEN

primissima „Siculus“ Kisten
40 kg schwer, 30er od. 36er
K 250.—, bei en gros Abnahme
K 240.—, Wallnüsse rumänische
100 kg K 1500.—, Feigen, klei-
ne Kränze 100 kg K 2100.—,
Kastanien, Florentiner 100kg
K 950.—, Carobe (Johannis-
brot) 100 kg K 850.—, Hasel-
nüsse, sicilische 100 kg K
2200.—, Haselnüsse, levantini-
ner 100 kg K 1950.—, Hasel-
nuskern 100 kg K 3100.—,
Orangen messinger ner Kiste
K 410.—, Tiroler Apfel Edel-
rot und Kaiserer je nach
Qualität, Karfiol in Stücken
zu 27 Stück ner Steige K 200.—
offertiert B. Stöhr, Prag II
Kotelská 28, Telefon Nr. 7471,
Lieferant der Grosseinkauf-
sgesellschaft L. Konsumvereine
in Prag. 215

Bei Gicht, Rheumatismus, Verklüftungen
bei Gliederreissen, Influenza, Kreuzschmerzen, steifem Hals etc
bewährt sich stets als schmerzstillende Linierbung

Dr. Richters ANKER-LINIMENT

Caps. comp. — früher
ANKER PAIN EXPELLER.

Preis für die Flasche K \check{c} 6.—, 12.50, 20.—. In allen Apotheken
vorzüglich. Direkte Aufträge erlassen an
Dr. Richters Apotheke, zum gold. Löwen
in Prag I.

Aufträge über K \check{c} 50.— führen wir franko aus! Alle unsere Haus-
mittel tragen die Schutzmarke „Anker“.



in Friedens-
Qualität
wieder
erhältlich!
UNIO-WERKE
Ges. m. b. H.
PILSEN.

Generalvertr.: Josef Pottok, Weinberge, Kessloch 1,
Telephon 210. 313

NIEDERLAGE DER KOKLENWERKE

der priv. Dux-Bodenbacher-Eisenbahn
L. SACHS in PRAG,
Dlaždanská Nr. 6. Telephon 1551, 9479.

Liefert: allerbeste Stein- und Braun-
kohlen, Briketts, Oberschl. Hüttenkoks,
Holz. 342

Fuhrenweise — Waggonweise.

**Nur in der Wiederholung
liegt der Erfolg der Anzeigen!**

Wir erzeugen wieder feinste Theemargarine „SANA“

und vorzügliche

Tafelmargarine „AXA“

den besten, altbewährten Butterersatz
der Neuzeit in Friedensqualität.

Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín

Půjčovni 2. 269

Spezialfabrik für Hemden, Kragen und Manchetten.

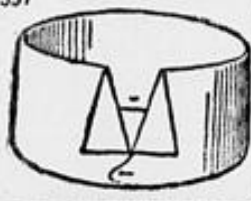


JOSEF FEIGL, 357

PRAG-WRSCHOWITZ

Verlangt anerkannt
beste „Glockenmarke“.

Erhältlich in allen feineren Herrenmodengeschäften.



Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan.

Verlangt in allen Konsumvereinen nur

Diana-Franzbranntwein!

Er bewährt sich bei Kopf-, Zahn- und Bauchschmerzen, Ohnmachts-
anfällen, Erbrechen, Magenkrampf und Rheumatismus vorzüglich.